Statements zur Lage und zur Zukunft der Schweiz = Interventions sur la situation et l'avenir de la Suisse = Interventi sulla situazione e sul futuro della Svizzera = Intervenziuns davart la situaziun e l'avegnir da la Svizra

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **8 (1998)**

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

HERBERT AMMANN
SÉBASTIEN BOURQUIN
GION A. DERUNGS
PIERRE DU BOIS
REGULA ERNST
URS GEISSMANN
LUKAS GRESCH-BRUNNER
JEAN-CLAUDE HUOT
BEAT KAPPELER
MARTIN LENDI
DORIS LÜSCHER
HANS-BALZ PETER
REMIGIO RATTI
HANS SCHOCH
JACQUES-ANDRÉ TSCHOUMY

III

STATEMENTS ZUR LAGE UND ZUR ZUKUNFT DER SCHWEIZ

INTERVENTIONS SUR LA SITUATION ET L'AVENIR DE LA SUISSE

INTERVENTI SULLA SITUAZIONE E SUL FUTURO DELLA SVIZZERA

INTERVENZIUNS DAVART LA SITUAZIUN E L'AVEGNIR DA LA SVIZRA

DIE NEUE GEMEINNÜTZIGKEIT

Herbert Ammann
Doris Lüscher

Der SGF und die SGG haben die Gemeinnützigkeit in der Zeit des Bundesstaates geprägt

Damals als diese Form der Gemeinnützigkeit entstand, sich 1810 organisatorisch in der Gründung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) nach aussen manifestierte, in einem von fremden Armeen besetzten Land, damals war diese spezielle Form von Gemeinnützigkeit etwas Neues. Sie war Vorbereitung und wesentlicher Bestandteil der sich neu entwickelnden liberal-bürgerlichen Zivilgesellschaft in der modernen Schweiz. Dass es sich um eine Gesellschaft der Männer handelte entsprach dem Denken der damaligen Zeit und spiegelte auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung.

Die Unterstützung welche die SGG den Frauen zukommen liess und welche 1888 zur Gründung des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins (SGF) führte, unterstreicht diesen Zusammenhang. Damals, fast drei Generationen später, und mehr als eine Generation nach der Gründung des Bundesstaates, war diese neue schweizerische Gesellschaft gefestigt und die Rolle der Frau in der Öffentlichkeit konnte neu thematisiert werden.

Der Leitgedanke des SGF lag bei seiner Gründung und in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens bei der Verbesserung und Anerkennung der Ausbildung des weiblichen Geschlechts. Die Bestrebungen – vor allem die hauswirtschaftliche Ausbildung zu fördern – liefen auf allen Ebenen und in allen Landesteilen. Es wurden Kurse aller Art organisiert, Fortbildungs- und Dienstbotenschulen gegründet und Ausbildungslehrgänge für zukünftige Lehrkräfte angeboten. Die einzelnen Sektionen nahmen zudem örtliche Aufgaben war, wie die Gründung von Kinderkrippen und die Unterstützung von Familien.

In der Folge entwickelte sich zwischen den beiden Vereinigungen eine vergleichbare geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, wie sie sich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft zunehmend etablierte.

Die SGG, eine Verbindung von einflussreichen Männern, mit einem hohen sozialen Verantwortungsgefühl, basierend auf freiheitlich humanistischen Wertvorstellungen, wandte sich den brennenden sozialen Fragen zu. Sie suchte Lösungen über die Gründung problemorientierter gemeinnütziger Organisationen, welche sich an bestimmte Bevölkerungsgruppen wandten. So entstanden u.a. die Pro Senectute, die Pro Juventute, die Schweizerische Berghilfe, die Pro Familia und, als jüngstes Kind,

die Pro Mente Sana. Charakteristisch bei allen diesen Gründungen ist, dass es sich um private, landesweite, sozialpolitische Institutionen handelt, welche bis heute Aufgaben übernehmen, die andernorts Sache des Staates sind. Dass alle diese Organisationen heute eng mit dem Staat zusammenarbeiten und teilweise auch beträchtliche Gelder erhalten, ändert nichts an ihrem Grundcharakter der privat organisierten Gemeinnützigkeit. Dazu traten Gründungen, seien es solche der SGG oder solche von kantonalen GGs, welche ursprünglich Modellcharakter hatten. In diese Kategorie gehören vor allem die Heime: Bächtelen, die Stiftung Schloss Turbenthal, die Grünau bei Richterswil usw. Über diese Modelle nahm die SGG Einfluss auf das sich neu entwickelnde Sozialwesen.

Mit dem Erwerb der Rütliwiese und der Schenkung an den Bund leistete die SGG einen wesentlichen Teil zur identitätsbildenden Mythenbildung der modernen Schweiz, basierend auf dem Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit der Alten Eidgenossen der Urschweiz. Die damit verbundene Versöhnung der tendenziell protestantisch-liberalen Sieger über die konservativen Sonderbundskantone, betonte bewusst das Gemeinsame und war gewollt.

1893, nur fünf Jahre nach der Gründung, befasst sich ein Komitee des SGF mit der Frage der Ausbildung von Krankenpflegerinnen. 1897, nachdem Fr. 150'000.– vorhanden waren, erhielt das Komitee grünes Licht und konnte mit dem Bau der Pflegerinnenschule beginnen. 1901 erfolgte die Eröffnung der Schweizerischen Pflegerinnenschule und des Frauenspitals in Zürich, eine Stiftung des SGF. 1906 wurde die "Gartenbauschule für Töchter" gegründet, die heutige "Schweizerische Gartenbauschule" in Niederlenz, welcher 1997 das Damenschneiderinnen-Lehratelier angegliedert wurde. 1923 wurde die "Zentralstelle zur unentgeltlichen Vermittlung von Pflegekindern und Eltern" eingerichtet, die heutige "Fachstelle für Adoption". Zwischen 1932 und 1985 führten SGF und SGG gemeinsam das Ferienheim "Sonnenhalde" für Mutter und Kind, zuerst in Waldstatt AR, später in Ägeri.

Diese knappe Bilanz über die historische Gemeinnützigkeit der Frauen und Männerrn in unserem Bundesstaat erlaubt drei wichtige Schlüsse:

1. In der Ausgestaltung des Sozialwesens der Schweiz waren die Gemeinnützigen in vielerlei Hinsicht Pioniere.
2. Die gleichen Leute waren auch Pioniere im Aufbau unseres Staates, vor allem im letzten Jahrhundert. Sie waren Teil der neuen Eliten.
3. Die Grundideen, welche von den Gemeinnützigen vertreten wurden, waren in vieler Hinsicht neu und hoben sich von der Vergangenheit ab:
   – sie orientierten sich an aktuellen Fragen der Zeit;
   – sie befanden sich in Übereinstimmung mit den generellen Vorstellungen über die Welt und die Menschen.

Gemeinnützigkeit heute und morgen

Zu Beginn haben wir darauf hingewiesen, dass die doppelte Organisation der Gemeinnützigen in einen Verein für Frauen und eine Gesellschaft für Männer, das damalige geschlechtsspezifische Verständnis der Arbeitsteilung spiegelt. Heute löst sich dieses immer mehr auf, auch in der Gemeinnützigkeit. Wenn bis anhin Männer vor allem als Spender und Legatäre auftraten oder sich politisch zugunsten von sozial Schwachen einsetzten, so tun das heute auch Frauen, spätestens seit ihrem aktiven Eintritt in die Politik. Wenn Frauen umgekehrt sich im direkten Kontakt um sozial Benachteiligte gekümmert und darauf viel Zeit verwendet haben, so tritt diese Forderung neu auch an Männer heran. Der Satz "Zeit ist Geld" scheint in der Neuen Gemeinnützigkeit einen sehr anderen Sinn zu bekommen, als wie er ursprünglich gemeint war. In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe von Vorschlägen und Begriffen aufgetaucht, welche diesen Sachverhalt beleuchten: Sozialzeit versucht die Notwendigkeit der Zeitspende zu fassen, der Begriff Zeittausch weist darauf hin, dass wir künftig Zeit haben werden und sie tauschen können. Das Teilen der Hausarbeitszeit zwischen Mann und Frau macht deutlich, dass das Geschlecht nicht mehr primär die Arbeitsteilung bestimmt.

Dieser Wandel hat sich in der SGG schon vor Jahren abzuzeichnen begonnen, ihre Gremien, auch diejenigen der kantonalen GGs, sind gemischt. Der SGF muss und will sich diesen Veränderungen stellen. Er zeigt auf, dass unsere Gesellschaft nur weiter funktionieren kann, wenn gemeinnützige Arbeit, das Engagement jedes Einzelnen für das Gemeinwohl, geleistet, aber auch anerkannt wird. Aus diesem Grunde ist es dem Zentralvorstand des SGF sehr wichtig, die Weiterbildung und Schulung von Vorstandsmitgliedern auf allen Ebenen zu fördern und zu unterstützen. Die aktive Mitarbeit im Frauenverein soll lustvoll und lehrreich sein. Bei einem späteren Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit soll sie auf jeden Fall als positive Gestaltung einer Lebensphase anerkannt, gewürdigt und honoriert werden.

Wir haben festgestellt, dass die Grundideen der Gemeinnützigen, in direkter Verbindung mit den Ideen des neuen Staates, genauer, mit denjenigen der neuen Gesellschaft, im sozialen Bereich zu neuen und modernen Formen der Hilfe führten. Wir dürfen auch darauf hinweisen, dass der grösste Teil der sozialen Errungenschaften der Schweiz Wurzeln in der privaten Gemeinnützigkeit hat. Ein neuer Staat ist kaum in Sicht; hingegen ist die Gesellschaft heute in einem ähnlichen Wandel wie sie es damals war.

Neue Formen der Gemeinnützigkeit

Wenn Gemeinnützigkeit neue Formen finden will, solche, welche Antworten auf gegenwärtige und kommende Fragen zu geben vermögen,

dann muss gefragt werden, welche sozialen Fragen uns wahrscheinlich ins Haus stehen werden, zu welchen bereits Antworten vorhanden sind, zu welchen der Staat, auf nationaler, kantonaler oder gar europäischer Ebene in der Pflicht steht und zu welchen Fragen Antworten der privaten Gemeinnützigen gegeben werden müssen und können.

Wir dürfen davon ausgehen, dass das Bedürfnis der Menschen nach Zugehörigkeit, nach Heimat, auch in Zukunft von zentraler Bedeutung sein wird. Demgegenüber beobachten wir eine Entwicklung, welche eine Abschwächung der identitätsstiftenden Kraft des des Nationalstaates, für uns, die Schweiz, zeigt. Andere Zugehörigkeiten hingegen nehmen an Bedeutung zu. Weil wir dennoch in unserem Land leben, hier mit einer zunehmenden Verschiedenartigkeit der Lebensgestaltung konfrontiert werden, aber auch zusammenleben müssen und wollen, stellt sich uns Gemeinnützigen die Frage, was unser Beitrag sein könnte. Wir sind aufgefordert zu überlegen, in welcher Weise wir zur notwendigen gemeinsamen Identität beitragen können, wie wir Heimat zu schaffen vermögen. Daraus ergibt sich ein breites Feld des gemeinsamen Tuns, Soziokultur ist nur ein mögliches Stichwort dazu.

Eine andere Entwicklung zeigt sich in der zunehmend ungleichen Verteilung der materiellen Güter, der Einkommen, der Vermögen, der Erwerbsarbeit. Stichworte dazu sind: Die tendenzielle Verarmung eines Teils der Bevölkerung, aber auch Zuwanderung aus wirklich armen Weltgegenden und den sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen, Kriminalität eingeschlossen. Wir sind gefordert, nach neuen Formen der gesellschaftlichen Solidarität zu suchen; auch wenn wir wissen, dass wir nach wie vor in einem reichen Land leben. Beide gezeichneten Entwicklungslinien sind in der gesellschaftlichen Realität in vielfältiger Weise verbunden und können sich in den unterschiedlichsten Phänomenen zeigen. Sie sind auch nicht auf unser Land beschränkt, sondern sie prägen, wenn auch quantitativ und qualitativ verschieden, unsere Nachbarländer.

Aus dem oben gesagten geht hervor, dass private Gemeinnützigkeit auch in Zukunft den Staat, auf den verschiedenen Ebenen und in seinen verschiedenen Organen, nicht wird ersetzen können; es wird immer eine Form von Arbeitsteilung geben. Die private Gemeinnützigkeit hat allerdings die Möglichkeit, unpopuläre, aber wichtige Fragen aufzunehmen, sie kann sich auch ausserhalb des politisch Opportunen betätigen, sie kann neue Modelle erproben und sie kann schneller reagieren. Wenn sie diese Möglichkeiten nutzt, wird sie auch in Zukunft immer wieder Pionierleistungen erbringen. Dazu braucht es etwas Mut. Wenn man sich auf Neues einlässt, Ungewohntes entwickelt, kann man sich auch irren und Misserfolg haben, zumindest gemessen an den angestrebten Zielen.

Darüber hinaus aber wird private Gemeinnützigkeit in zweierlei Weise Einfluss auf den Staat auf all seinen Ebenen nehmen: Einerseits, durch die Tatsache, dass die Gemeinnützigen auch Bürgerinnen sind und als

solche ihren politischen Einfluss geltend machen; dieses politische Engagement wiederum wird geprägt sein durch die individuelle und gemeinsame Erfahrung der gemeinnützigen Tätigkeit. Andrerseits durch die konkret realisierten Modelle, welche Wirkung zeigen (oder eben auch nicht) und so den Staat beeinflussen.

So verstanden ist die Neue Gemeinnützigkeit in vergleichbarer Weise politisch, wie eben Gemeinnützigkeit seit altersher Gemeinschaft prägt und mitgestaltet, also die Polis in ihrer Ausgestaltung mitdefiniert. Das entscheidende Element der Gemeinnützigkeit ist aber auch in Zukunft die Bereitschaft zur Tätigkeit im Dienste des Gemeinwesens. Vor allem zwei Entwicklungen in der Arbeitswelt werden für neue Formen von Gemeinnützigkeit sorgen:

Erstens ist der Einbezug der Frauen in die Erwerbsarbeit unumkehrbar. Die traditionelle Rollenteilung der Geschlechter in der Arbeit ist aufgebrochen. Wenn wir von gemeinnütziger Arbeit sprechen, dann haben wir dieses Faktum zu berücksichtigen und werden in Zukunft auch die gemeinnützige Arbeit nicht mehr geschlechtsspezifisch aufteilen oder gar organisieren können.

Zweitens geht, vor allem auf Grund von technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die Erwerbsarbeit zurück. Insgesamt steigt die Zeit, welche für Gemeinnützige Arbeit aufgewendet werden könnte. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass diese Zeit gleichmässig verteilt sein wird. Es wird ein grosses Potential von gut ausgebildeten und qualifizierten Menschen entstehen, welche Zeit für Tätigkeiten neben der Erwerbsarbeit aufwenden können, auch Zeit für Gemeinnützige Tätigkeit. Es liegt an der SGG und am SGF, sich Gedanken darüber zu machen, mit welchen Angeboten auf dieses Potential zurückgegriffen werden kann, resp. mit welchen Rahmenbedingungen, auch staatlichen, die Freiwilligkeit gefördert wird.

Der SGF und die SGG haben die Absicht, sich den neuen Herausforderungen an die Gemeinnützigkeit zu stellen und eng miteinander zu kooperieren.

CENTRE NATIONAL DE RENCONTRES

Sébastien Bourquin

Pour une politique volontariste d'échanges et de rencontres culturels en Suisse

Le peuple suisse s'est doté le 10 mars 1996 d'une base constitutionnelle pour la promotion des échanges et de la compréhension entre les communautés linguistiques et a reconnu les idiomes romanches comme langue semi-officielle. Cet article des langues ouvre pour la première fois la voie pour une politique volontariste dans le domaine de l'encouragement de la compréhension en Suisse. La Confédération et les cantons sont appelés à favoriser des initiatives et des projets d'organisations ou de personnes privées et à imaginer et mettre sur pied des programmes de compréhension.

Malgré le fait que la Confédération multiculturelle ait pu se passer d'un tel article pendant presque 150 ans, il est aujourd'hui plus qu'urgent d'accélérer le processus législatif et de présenter déjà prochainement un avant-projet d'une loi de la compréhension légitimant et favorisant des subventions dans ce domaine existentiel pour la vivacité de la Suisse.

Persuadé de la nécessité d'une politique volontariste, et étatique de surcroît, pour la promotion de la compréhension et des échanges et rencontres entre les Suisses des différentes régions linguistiques, Dynamicha – Mouvement pour une Suisse multiculturelle s'engage depuis 1994 pour multiplier et simplifier les rencontres au-delà des frontières culturelles et linguistiques.

Ses manifestations et actions pour la jeunesse notamment et des analyses de la réalité suisse l'ont amené à répondre au manque de connaissance mutuelle des concitoyennes et concitoyens et de concevoir un projet qui s'inscrit dans cette logique volontariste. Ce projet consiste à créer un véritable *Centre national de rencontres,* prédestiné à devenir une institution reconnue par la Confédération, les cantons et les communes.

Des murs qui deviendront le symbole de la Suisse multiculturelle

L'idée de Dynamicha est simple: il faut construire (ou transformer un immeuble existant en) un centre suffisamment grand et bien équipé pour y accueillir des classes, des séminaires, des congrès, des expositions et des spectacles dans un environnement multiculturel et plurilingue. En effet, un Etat plurilingue et multiculturel comme la Suisse a besoin de se doter d'un centre ou d'un lieu de rencontre qui pourra devenir le symbole physique de la cohésion pour de nombreuses fractions de la population.

Créer, construire et nommer un espace "centre national de rencontres" équivaut à donner un signal fort et symbolique de la volonté des communautés de notre pays de continuer à vivre ensemble et de tout mettre en oeuvre afin de renforcer les liens confédéraux.

Concrètement, un tel centre devra permettre des rencontres durant un ou plusieurs jours et réunir entre 50 et 200 personnes. Il devra être équipé en sorte qu'on puisse y héberger et restaurer les personnes qui s'y rendent et contenir des infrastructures suffisantes pour y accueillir des spectacles (théâtre, projection de film, concert) et y tenir des expositions et des conférences. Des ateliers de création (photo, salle de musique, peinture, etc.) feront aussi partie intégrante du centre, afin que des classes d'école des degrés primaire et secondaire puissent y organiser des plages-horaire créatives durant leur séjour.

Un centre national de rencontres pouvant revêtir plusieurs formes et se trouver indifféremment dans telle ou telle région linguistique, pourvu qu'elle ne soit pas trop éloignée des autres, devra par la suite se donner un contenu et non seulement offrir des murs et des lits. Puisqu'il est vrai que des bâtiments d'une certaine importance et possédant une infrastructure semblable au projet ici mentionné ne font pas défaut en Suisse. Ce qui manque en revanche cruellement, ce sont des équipes d'animation aptes à organiser et coordonner des rencontres entre les jeunes, les adultes, les artistes, les politiciens, les économistes, les écrivains, les journalistes et j'en passe. La Suisse, nous en sommes intimement convaincus, a besoin d'une institution proposant et suscitant des échanges entre ses différentes entités culturelles et linguistiques. Nous nous imaginons un espace où des jeunes de toute la Suisse passent quelques jours de leur scolarité ensemble avec des adolescents du même âge mais provenant d'autres régions linguistiques, où sont organisés des séminaires plurilingues et réunissant des personnes des mêmes ou de différents milieux, où sont exposées des oeuvres d'art d'artistes suisses et étrangers, où ont lieu des conférences portant sur des sujets culturels, sociaux, économiques et politiques et des spectacles et concerts.

Créer une identité multiculturelle suisse

Avec la création d'un centre national de rencontres et en multipliant les rencontres entre classes et d'autres couches de la population, on pourrait avec le temps assister à l'émergence d'une identité et conscience multiculturelles qui dépendront bien entendu aussi d'autres actions volontaristes, telles l'enseignement des langues nationales, la valorisation d'expériences sociales et professionnelles dans d'autres régions linguistiques par exemple. Plus les Suisses auront des occasions de se rencontrer et de se connaître, plus ils auront tendance à se comprendre et à comprendre et respecter les opinions des autres.

Une idée forte pour le Forum Helveticum et la Suisse

Dans cette année des jubilés du FH et de l'Etat fédéral, tirons profit des mises en question du présent et envisageons un avenir meilleur, marqué par la tolérance, la curiosité réciproque et la compréhension mutuelle. Un centre national de rencontre, porté par une multitude d'organisations et associations civiques, pourrait donner un signal fort pour l'application concrète de l'article constitutionnel des langues et initier une politique volontariste pour la compréhension et l'encouragement des échanges en Suisse, politique juste à présent peu appliquée. Dynamicha – Mouvement pour une Suisse multiculturelle invite toutes les forces vives de notre pays en général et les membres du Forum Helveticum en particulier à participer à la réalisation d'un tel centre, symbole même de la diversité culturelle de la Suisse.

RUMANTSCHIA – NUA STAS E NUA VAS?

Gion A. Derungs

Ils onns 80/90 èn stads onns da gronda activitad a favur dal rumantsch. Sin fundament dad in program da lavur per il mantegniment e la promoziun da la lingua e cultura rumantscha ha la LR, l'organisaziun da tetg da las Rumantschas e dals Rumantschs, sviluppà gronda dinamica ed inizià in'epoca da succes per la Rumantschia. En il center da quest program steva la normalisaziun da la situaziun linguistica, q.v.d. a) la planisaziun dal corpus linguistic cun la creaziun da neologissems e la standardisaziun da la lingua; b) la planisaziun dal status cun ina revalurisaziun giuridica da la lingua e c) la planisaziun da l'adiever da la lingua cun il princip da l'utilisaziun dal rumantsch en tut las domenas da la vita.

Nua stat la Rumantschia oz?

La preschientscha dal rumantsch è creschida

Sin dplaun naziunal ha il pievel svizzer acceptà il nov artitgel 116 da la constituziun federala. En quel na figurescha il rumantsch betg mo sco linguatg semiuffizial da la confederaziun, la confederaziun ha era l'obligaziun furmala da collavurar cun il Grischun per sustegnair pli efficaziamain ils sforzs da mantegniment da sias linguas minoritaras. Sin plaun chantunal ha la regenza grischuna declerà l'onn 1996 il rumantsch grischun sco lingua uffiziala dal chantun. En quel senn surprenda il chantun la pratica da la confederaziun. La regenza grischuna ha laschà elavurar in "Rapport da la gruppa da lavur per las regiuns linguisticas dal Grischun". En quel vegnan postulats e mesiras concretas per rinforzar la posiziun dals linguatgs minoritars preschentads. Sin plaun regiunal han diversas regiuns introducì in reglament concernent l'adiever uffizial da la lingua rumantscha. En quest reglament vegn prescrit l'adiever dal rumantsch en scola, en l'administraziun ed en la vita publica. Sin plaun general dispona la Rumantschia oz, suenter sforzs sur decennis, da la gasetta "La Quotidiana" e dad ina "Agentura da Novitads Rumantscha". Cun blera lavur da promoziun ed animaziun, betg il davos entras las "Scuntradas" a Savognin, Scuol, Laax, Donat e Domat, ha la Lia rumantscha fatg bler per la sensibilisaziun interna.

Champs che n'èn anc betg segirads

L'adiever dal rumantsch è anc lunsch davent da l'uschenumnada "normalitad". La sensibilisaziun è bain creschida considerablamain, ma il rumantsch è anc lunsch davent da l'utilisaziun en tut las domenas da la vita privata e publica. Da blers secturs da l'economia, en spezial il turissem, è el anc sclaus pli u main totalmain.

Era la standardisaziun dal linguatg n'è betg anc a riva. L'acceptanza dal rumantsch grischun, il nov linguatg standardisà, è bain creschida. Ma la disfidanza è anc considerabla. Cun il Pledari grond ha la Lia Rumantscha pudì far ina gronda purschida. Excellenta lavur linguistica e buns meds d'instrucziun na bastan dentant betg. I dovra dapli, i sto tschiffar en scola.

En il Grischun vivan ils trais linguatgs bain en stretga vischinanza, ma ils spazis da viver èn separads. Ins sa pauc in da l'auter. L'enclegientscha tranter las gruppas linguisticas è modesta. I na manca betg sulettamain l'infurmaziun, ins po era registrar ina considerabla indifferenza envers quai che succeda ordaifer l'atgna regiun.

Il rumantsch vegn confruntà cun novas sfidas

L'internaziunalisaziun da la societad chaschuna midadas socio-economicas fundamentalas. Nus stuvain s'orientar da nov. Co statti cun l'adiever dal linguatg en la vita pratica, spezialmain en la vita professiunala ed en il temp liber?

Co schlia la Svizra il problem da l'englais en scola? I sa tracta da la dumonda spinusa, grategi d'integrar l'englais en la purschida da scola senza concurrenzar ils linguatgs naziunals. Co il Grischun? Co vegnan ils linguatgs minoritars resguardads? En in temp da mesiras da spargn pudess la prontezza da sustegnair linguatgs minoritars ceder a la dumonda: Tge è nizzaivel? Tge è sulettamain giavischaivel?

Nua va la Rumantschia damaun?

Ils onns 80 èn stads onns cun in patratgar optimistic ed avert. Era la Rumantschia ha profità da quest patratgar. Il temp è stà bun e madir per vegnir vinavant. Il temp a la sava da l'onn 2000 in auter. Ils sgols optimistics èn passads. La Lia rumantscha e l'entira Rumantschia vegnan a stuair prender enconuschientscha da quels fatgs. I dovra in ferm realissem e la clera voluntad da Rumantschas e Rumantschs da s'engaschar per lur linguatg e cultura. Sche quai è il cas, datti novas vias e pussaivladads. Las finamiras da la Lia rumantscha dals proxims onns vegnan a sa mover sin dus secturs:

Concretisar

La Lia rumantscha ha fatg fin uss buna lavur. Ina gronda part da quella lavur sa repeta ed è in pensum cuntinuant. Perquai vali da cuntinuar là, nua che la lavur n'è anc betg terminada e da rinforzar quai ch'è qua.

Ha l'acquistà era valita pratica en il mintgadi? Tge consequenzas han l'artitgel 116 da la constituziun federala, diversas leschas, decisiuns, directivas

e propostas sin stgalim federal, chantunal e regiunal per la vita rumantscha da mintgina e mintgin en sia funcziun en vitg, fatschenta, famiglia e temp liber? I va uss per dumondas pli concretas da la vita rumantscha. I va per uschè dir da metter charn vi da l'ossa. Pli concret vul quai dir:

a) *Esser da la partida per pudair motivar:* Ina ferma preschientscha è basa per chattar il contact cun Rumantschas e Rumantschs. I dovra impuls per che las leschas e basas introducidas vegnian realisadas en la pratica dal mintgadi ed i va per sensibilisar e garantir il resguard dal rumantsch. I dovra motivaziun dal chantun, da las regiuns, da las vischnancas, d'interpresas e da persunas privatas da s'engaschar e duvrar dapli il rumantsch en tuttas furmas da la vita pratica. L'entira Lia rumantscha, ma en spezial ils collavuraturs regiunals ed ils divers posts da cussegliaziun, èn responsabels per ina cussegliaziun qualifitgada.

b) *Instruir:* Era sche la scola è in sectur chantunal e communal ha la Lia rumantscha da s'occupar intensivamain da la situaziun dal rumantsch en scola e da vegliar ch'il rumantsch chattia il resguard commensurà. La Lia rumantscha promova barats culturals sur la regiun ora e s'engascha era ferm per la scolaziun da creschids.

c) *Promover:* Dasper la lavur da basa per il mantegniment dal linguatg e da la cultura dovra il rumantsch fermas pitgas sco la promoziun da la litteratura, dal teater, dal chant e da la musica. Quai èn domenas da vita e cultura rumantscha fitg adattadas per surmuntar cunfins ed èn excellentas ambassaduras per nossa lingua e cultura.

d) *Intensivar:* Ils contacts da fin uss cun la PGI ed ils Gualsers ed il sustegn per las stentas dals meds da massa electronics e stampads duain vegnir intensivads. Il medem vala era per ils contacts tranter las regiuns per surmuntar cunfins e promover l'unitad da las Rumantschas e dals Rumantschs, quai era sur ils cunfins dal chantun ora. Il chantun triling pretenda dentant era contact cun ils ulteriurs Narumantschs dal Grischun.

e) *Derasar:* Persvader la glieud davart la necessitad dal rumantsch grischun, promover pass per pass l'enclegientscha e l'adiever e motivar da duvrar quel en il mintgadi.

Sfidas novas

Ina gronda part da l'engaschi da la LR vegn pia ad esser lavur da concretisaziun da prestaziuns gia iniziadas. Accents novs vegnan ad esser:

- Il rumantsch tschertga preschientscha en l'economia. Ils champs d'acziun èn la construcziun, il turissem ed il sectur da temp liber/divertiment. L'economia, spezialmain il turissem, duai realisar la plurilinguitad sco valur culturala ed economica.

- L'integraziun da la giuventetgna en il moviment rumantsch duai vegnir intensivada. Promover en spezial projects, stages ed acziuns da la giuventetgna en las regiuns, ma era projects surregiunals.
- Promover l'enclegientscha ed ils contacts tranter las regiuns rumantschas cun la finamira da crear in'identitad rumantscha surregiunala.
- Convivenza cun nossas minoritads na-rumantschas.
- Redefinir il term "normalisaziun". Vala il princip da l'utilisaziun dal rumantsch en tut las domenas da la vita? Dovri ord motivs evidents ina vista differenziada?

ZUSAMMENFASSUNG: RUMANTSCHIA WOHIN?

Die in den 80er Jahren ausgelöste Dynamik in der Rumantschia hat kantonal und national einiges in Bewegung gebracht. Ausgangslage war ein umfangreiches Konzept zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen Sprache und Kultur, erstellt von der Lia Rumantscha, der Dachorganisation aller Romanen. Im Zentrum dieses Konzeptes stand das Postulat der Normalisierung der Sprachsituation auf der Grundlage der Korpus-, Status- und Gebrauchsplanung.

Die Ergebnisse dieser Dynamik lassen sich heute in folgenden Stichworten zusammentragen: Rumantsch Grischun – die romanische Schriftsprache, La Quotidiana – die erste romanische Tageszeitung, die Agentura da Novitads Rumantscha – die erste romanische Nachrichtenagentur, eine Amtssprachen-Vereinbarung in den Regionen, ein Bericht der "Arbeitsgruppe Sprachlandschaft Graubünden" mit Postulaten und Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der kantonalen Dreisprachigkeit und insbesondere des Rätoromanischen, der Sprachenartikel in der Bundesverfassung, ein Bundesgesetz über Finanzhilfen für die Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache und Kultur, die europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, Scuntradas – rätoromanische Begegnungswochen, u.a.m.

Ein bemerkenswerter Leistungsausweis – wie soll es nun weitergehen? Wenn die 80er Jahre eine Epoche des Aufbruchs gewesen sind, ist die Zeit kurz vor der Jahrtausendwende anderer Gattung. Höhenflüge haben einem gesunden Realismus Platz gemacht. Die nächsten Jahre werden von einem wenig spektakulären, aber soliden Pragmatismus geprägt sein müssen. In erster Linie geht es darum, das Bestehende zu konsolidieren und wo nötig auszubauen, vor allen Dingen die Konsequenzen und Mög-

lichkeiten von Art. 116 BV und verschiedenen Anschlussgesetzen im Alltag zu nutzen. Es geht aber nicht ohne neue Akzente. Diese will die Lia Rumantscha vor allem in mehr Präsenz in der Wirtschaftswelt und bei der Jugend setzen. Ferner soll, ausgelöst durch die Gemeindeentscheide in Samnaun und Vals, das Zusammenleben mit den nichtromanischen Minderheiten in Graubünden geregelt werden.

LE DÉFI DU DIALOGUE

Pierre du Bois

Par sa nature, la Suisse est un Etat multilingue, multiconfessionnel, multiculturel. D'une certaine façon, ses institutions, ses valeurs, sa culture politique en sont le reflet et l'illustration. Sa diversité est même devenue un trait identitaire. La cohabitation a commandé au cours de l'histoire le dialogue et la compréhension entre les communautés qui composent la Suisse. Toute une série de mécanismes, de modes de comportements ont contribué à son intégration. Il en va ainsi du consensus, de l'équitable représentation des communautés dans l'administration fédérale, de la solidarité entre cantons.

Seulement l'évolution récente a fait apparaître des changements lents dans les rapports entre les communautés. L'impression prévaut qu'en matière linguistique elles se tournent de plus en plus le dos. L'intérêt pour la langue de l'autre décroît des deux côtés de la Sarine, alors que l'anglais jouit d'un sex appeal evident. Même au niveau officiel, la fermeté en matière de langues cède devant l'air du temps. Dans certaines écoles alémaniques, anglais et français sont désormais à égalité sur le double plan des dépenses et des dotations d'horaires. En Suisse romande, la nouvelle maturité – un comble – signe la fin de l'obligation de suivre des cours d'allemand. Dans l'administration centrale, toutes les langues officielles sont égales. Mais l'allemand est de loin "la plus égale" de toutes.

Les relations directes tendent à diminuer. Il en va ainsi des échanges touristiques, universitaires, culturels. De moins en moins de courses scolaires ont lieu dans les autres régions du pays. La *Welschlandjahr* a quasiment disparu, tout comme le séjour des Romands en Suisse alémanique. Les communautés ont tendance à rester entre soi. Les associations nationales sont de moins en moins représentatives de la Suisse toute entière. Même l'armée n'est plus le creuset de l'intégration. Sans doute les Suisses n'ont-ils jamais trop vécu ensemble mais plutôt les uns à côté des autres. Cela semble aujourd'hui plus manifeste que jamais.

Aussi la nécessité de trouver des solutions, d'élaborer des parades, de construire des ponts, de mettre au point des mécanismes de dialogue et de compréhension, tombe-t-elle sous les sens. La bonne entente passe par la connaissance de l'autre. C'est un premier point. Elle suppose aussi une culture du dialogue. C'est un deuxième point. Elle implique surtout une prise de conscience renouvelée du destin commun. S'ouvrir pour s'unir. Et s'unir pour s'ouvrir. La Suisse est une construction trop exceptionnelle pour ne pas mériter quelques efforts de plus. C'est un des buts poursuivis par le projet *"S'unir pour s'ouvrir"* des Rencontres Suisses et par le *Manifeste* du même nom proposé par cinq sociétés civiques suisses (cf. texte de Jacques-André Tschoumy *"S'unir pour s'ouvrir"*).

L'AVENIR AU FÉMININ – VISIONEN UNSERER ZUKUNFT

Regula Ernst

Die schweizerischen Frauenorganisationen aller politischen, gesellschaftlichen und sozialen Richtungen organisierten im Januar 1996 unter dem Motto "L'avenir au féminin – Visionen unserer Zukunft – Donne 2099" den 5. schweizerischen frauenkongress. Zum fünften Mal innert 100 Jahren manifestierten Frauen an einer von über 2000 Teilnehmerinnen besuchten Veranstaltung ihren Willen zur gleichberechtigten und partnerschaftlich ausgeübten Lebensgestaltung. Der 5. schweizerische Frauenkongress ist Vergangenheit. Die Beschlüsse harren der Umsetzung – die Zukunft fordert heraus!

"Wer eine Geschichte hat – hat auch eine Zukunft!"

Im September 1896 riefen mutige Frauen zum ersten schweizerischen Kongress für die Interessen der Frau auf. Er fand in Genf statt. Ihre Forderungen betrafen die verbesserte Berufsbildung, neue Erwerbsmöglichkeiten, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Mitarbeit bei öffentlichen Aufgaben, insbesondere im Erziehungs-, Armen- und Gesundheitswesen, sowie die Verbesserung der Rechtsstellung der Frau in einem einheitlichen eidgenössischen Zivil- und Strafgesetzbuch.

Verbesserungen wurden Schritt für Schritt erreicht – indes, wir wissen, es dauerte Jahrzehnte bis "Gleiche Rechte für Mann und Frau" zu einem justiziablen Verfassungsrecht wurden.

In Abständen von jeweils rund 25 Jahren führten die inzwischen in starken Verbänden organisierten Frauen weitere Kongresse durch. Dazu gehörten insbesondere der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen als grösster schweizerischer Frauendachverband und der Schweizerische Verband für das Frauenstimmrecht (heute: Schweiz. Verband für Frauenrechte), sowie die übrigen, den traditionellen Frauenverbänden zuzuordnenden Organisationen. Der 2. Kongress fand im Jahre 1921 statt, kurz nachdem die Kämpferinnen für das Frauenstimmrecht einen empfindlichen Dämpfer erlitten hatten: In sechs Kantonen waren die Stimmrechtsbefürworter ein Jahr zuvor in die Minderheit versetzt worden. Die Stimmrechtsbefürworterinnen wurden in der Folge mit Häme bedacht und der Begriff "Frauenrechtlerin" war zum Schimpfwort geworden. Der dritte Frauenkongress – er stand im Jahre 1946 noch unter dem Eindruck des Krieges und der Dankbarkeit, verschont geblieben zu sein – liess wenig kämpferische Töne aufkommen. Erst am 4. Kongress, der 1975 im von der UNO proklamierten Internationalen Jahr der Frau stattfand, konnten sich die Frauen ihres endlich

zugestandenen Stimm- und Wahlrechts erfreuen. Im Bewusstsein, dass damit die tatsächliche Gleichstellung noch nicht garantiert sei, lancierte der Kongress die Gleichstellungs-Initiative, die dann als Gegenvorschlag des Bundesrats in der Volksabstimmung vom 14. Juni 1981 als Art. 4 Abs. 2 in die Bundesverfassung Eingang fand. Seit dem 1.7.1996 ist das auf dem Verfassungsartikel basierende Gleichstellungsgesetz in Kraft.

Vieles erreicht – aber?

Hätten die Frauen mit der rechtlichen auch die tatsächliche Gleichstellung erreicht, müsste man sich allen Ernstes fragen, weshalb denn die Frauenfrage nicht längst vom Tisch und Frauenorganisationen, Gleichstellungsbüros und Frauenkongresse noch nötig seien. Sicher sind grosse Fortschritte erzielt worden. Doch Verfassungsgrundsätze und Gesetze können noch so fortschrittlich sein – Tatsache ist, dass das verinnerlichte traditionelle Weltbild in der Gesellschaft so schnell sich nicht verändert. Bis 1971 hatten nur Männer das Recht und die Macht, an der Gestaltung der staatspolitischen Ordnung mitzuwirken. Aber auch für Frauen in weiten Teilen der Gesellschaft galt lange Zeit – und gilt teilweise immer noch –, die eigenen Wünsche nach Erfüllung in politischen Ämtern, im Berufs- und Erwerbsleben der Bestimmung des Frau- und Mutterseins unterzuordnen. Nur wer aus wirtschaftlicher Not gezwungen ist – sei es als Alleinerziehende oder als Familienfrau – für das Einkommen eigenständig oder ergänzend Erwerbsarbeit aufzunehmen, erfährt mehr Toleranz. Aber Geborgenheit im patriarchalen System ohne Eigenverantwortung ist auf die Dauer kein sicherer Wert. Die hohen Scheidungsraten legen beredtes Zeugnis ab, die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt desgleichen. Soziale Sicherheit wird künftig noch enger verknüpft werden mit der eigenständigen, von Geschlecht und Zivilstand unabhängigen Vorsorge – einer Vorsorge, welche die individuelle und existenzsichernde Grundlage im Ruhestand gewährleisten soll.

Wir haben mit dem 1971 eingeführten Stimm- und Wahlrecht Resultate erreicht, die gemessen an ausländischen Verhältnissen und der relativ kurzen Zeitspanne, doch bemerkenswert sind. In fast jedem Kanton gibt es mindestens eine Regierungsrätin, wir haben eine Bundesrätin, den Verfassungsartikel zur Gleichstellung von Frau und Mann, das neue Kindes- und das neue Eherecht und bald auch ein neues Scheidungsrecht. Rechtlich haben wir viel erreicht. Aber die Wahlfreiheit der Lebensgestaltung ist noch immer behindert von einer Sozial- und Steuergesetzgebung, welche von einem klassischen Lebensmodell ausgeht – dem Familienmodell aus der Zeit der Industrialisierung. Es hat seine Wirkung bis weit in unser Jahrhundert ausgestrahlt und fand seinen Niederschlag auch im AHV-Gesetz von 1948.

Die Visionen unserer Zukunft...

Visionen, welche anlässlich des 5. schweizerischen Frauenkongresses formuliert wurden, stützen sich auf die Erfahrung einer sich stets im Wandel befindlichen Gesellschaft. Manche der heute geltenden Normen entsprechen der gelebten Wirklichkeit nicht mehr.

Wer auf die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsbedingungen, Umwelt und individueller Lebensgestaltung in den letzten Jahrzehnten zurückschaut, mag nicht erstaunt sein, dass Fragen zu den Themen "Neue Lebens- und Arbeitsformen" und "Soziale Sicherheit" im Zentrum der Diskussionen standen. Ausserdem wurden an zwei weiteren Forumsveranstaltungen mit den Themen "Offene Schweiz – Globale Verantwortung" und "Gewaltfreie Gesellschaft" auf die Frage zu Öffnung und Verantwortung unseres Landes im nationalen und internationalen Kontext debattiert.

...und Umsetzung in die Praxis

Teilnehmerinnen, die am Schlussplenum die geradezu von Euphorie beflügelte Aufbruchstimmung miterlebt haben, setzten hohe Erwartungen in die Realisierung der damals verabschiedeten Anliegen. Die Nachfolgeorganisation ARGEF 2001 wurde deshalb mit dem Zweck gegründet, die Kongressresolutionen auf den Weg in den politischen und rechtlichen Alltag zu weisen.

Vertreterinnen linker und rechter, traditioneller und progressiver Kreise hatten bereits bei der Vorbereitung zum Frauenkongress eine solide Basis für eine vielversprechende künftige Zusammenarbeit geschaffen: Sie haben gelernt, sich über Grenzen politischer und weltanschaulicher Prägung hinwegzusetzen. Sie orientieren sich an den Leitplanken gemeinsamer Ziele. ARGEF 2001 setzt sich erneut aus den grossen schweizerischen Frauendachverbänden, den Frauengruppen der politischen Parteien und der Gewerkschaften und Berufsorganisationen zusammen. Der beflügelnde Schwung des 5. schweizerischen Frauenkongresses wird nicht erlahmen!

Zwei Jahre sind seit dem 5. schweizerischen Frauenkongress in Bern vergangen. Wir freuen uns, dass einige Forderungen mindestens teilweise erfüllt wurden:

- Ratifikation des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
- Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte des Kindes
- der Einbezug frauenspezifischer Aspekte in die Migrationspolitik durch die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe im neuen Asylrecht

- die hälftige Aufteilung der anwartschafltichen Ansprüche in der 2. Säule im Rahmen der Revision des Scheidungsrechtes.

Einige vom 5. schweizerischen Frauenkongress verabschiedete Resolutionen, wie:

- die Einführung einer Mutterschaftsversicherung
- die Einführung eines einheitlichen Systems von Familien- und Kinderzulagen
- eine nationale Sensibilisierungskampagne über Gewalt gegen Kinder
- die Personenfreizügigkeit und damit die InländerInnenbehandlung von Schweizerinnen im Rahmen der bilateralen Verhandlungen mit der EU befinden sich momentan in der politischen Beratung.

Frauenparlament 1998

Am 2./3. Mai lud ARGEF 2001 zu einem Frauenparlament ins Bundeshaus ein. Es ging um die Würdigung von 150 Jahren Bundesverfassung aus Frauensicht und dem Gedenken des 1. Frauenparlaments, welches auf den Tag 50 Jahre früher an der Universität Bern stattgefunden hatte. Im Arbeitsteil galt das Schwerpunktthema der Sozialpolitik.

Soziale Sicherheit und die Sozialversicherungen im Besonderen sind zur Zeit stark diskutierte Themenbereiche. Die wirtschaftliche Entwicklung, die lang anhaltende Krise, die Globalisierungen und die prekären staatlichen Haushalte stellen Konzepte der sozialen Sicherheit in Frage. Das dem Gemeinwohl verpflichtete staatliche, politische und wirtschaftliche Handeln droht im Umfeld von IDAFiSo ins Hintertreffen zu geraten.

Anliegen bezüglich eines frauenverträglichen Sozialversicherungssystems liegen quer in der Landschaft und provozieren Widerstand. Aber trotz rauhem Gegenwind setzen wir uns als Frauen für jene Punkte ein, die im bisherigen System bezüglich Gleichstellung noch nicht zufriedenstellend geregelt sind. Gerechte und partnerschaftliche Regelung von Berufs- und Familienarbeit muss besser ermöglicht werden. Zur Verwirklichung sind indes Massnahmen nötig, wie z.B. flexiblere Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit und familienergänzende Kinderbetreuung.

Zu den Kriterien, welche Solidarität und Eigenverantwortung einbeziehen, gehören deshalb die bessere Anerkennung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit im Sozialversicherungssystem (Familien-, Erziehungs- und gemeinnützige Arbeit) und die gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit. Das sind Voraussetzungen, welche eine individuelle, zivilstands- und geschlechtsunabhängige soziale Sicherung für Frau und Mann erst garantieren werden.

Die Frauenorganisationen müssen den Weg, den sie mit dem 5. schweiz. Frauenkongress eingeschlagen haben, weitergehen und gemeinsam für den Mentalitätswechsel und die Erneuerung der Gesellschaft einstehen. Umsetzungsarbeit ist zur Daueraufgabe geworden.

ZUKUNFT STADT

Urs Geissmann

Die Schweiz hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg entscheidend verändert. Aus der vormals vornehmlich ländlichen Schweiz mit einer Orientierung nach innen ist eine städtische Schweiz mit starken Einflüssen von aussen geworden. Statistisch gesehen wohnen heute mehr als 2/3 der Bevölkerung in Kernstädten, Agglomerationsgemeinden und regionalen Zentren.

Städtische Agglomerationen als Ort der Gegensätze

Die Städte und die mit ihnen verbundenen Agglomerationen sind Zentren der politischen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen. Die Städte faszinieren, gleichzeitig stossen sie aber auch auf Ablehnung. Nirgends sind die Gegensätze grösser als in den Kernstädten und städtischen Agglomerationen. Die wirtschaftliche und soziale Stadt ist weit über ihre Grenzen hinausgewachsen.

Die Bevölkerung in diesen städtischen und zum Teil kantonsübergreifenden Agglomerationen hat in der Vergangenheit stark zugenommen. Die grösste Agglomeration, nämlich Zürich, weist rund 940'000 Einwohner auf. Weitere Agglomerationen folgen: so Genf mit 424'000 Einwohnern, Basel mit 406'000, Bern mit 332'000 und Lausanne mit 294'000 Einwohnern. Aber auch kleinere Agglomerationen, wie z.B. Baden und Olten, weisen 80'000, respektive 50'000 Einwohner auf.

Die Kernstädte sind zum Teil zu Problemgebieten geworden. Sie haben die Probleme der Grossregionen, ja zum Teil auch nationale Probleme zu lösen. Folgende strukturellen Merkmale zeichnen heute in der Regel die Kernstädte aus:

- Stagnierende oder schrumpfende Einwohnerzahl
- Unausgeglichene Bevölkerungsstruktur mit vielen Auszubildenden, Rentnern, Fürsorgeabhängigen, überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte, überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile
- Stark steigende Fürsorgeleistungen, Zuzug fürsorgebedürftiger Personen
- Sinkende Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen
- Der Anteil der Pendler übersteigt in der Regel den Anteil der in der Kernstadt wohnenden und arbeitenden Bevölkerung
- Zunahme der Verkehrsprobleme, sinkende Wohnqualität
- Zunahme der Probleme mit den Randgruppen
- Gefühl der Unsicherheit bei der städtischen Bevölkerung.

Die Schweiz – ein Verbundstaat mit Agglomerationsproblemen

Gleichzeitig mit der Bildung der zum Teil kantonsüberschreitenden Agglomerationen hat sich die Schweiz zu einem Verbundstaat von Bund, Kantonen und Gemeinden entwickelt. Dies vor allem deshalb, weil die Probleme in den verschiedenen Politikbereichen nicht mehr isoliert in den Städten, Gemeinden und Kantonen auftreten, sondern die alten Grenzen der Städte, Gemeinden und Kantone, die zum Teil nicht mehr der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit entsprechen, sprengen.

Die Städte haben versucht, mit Sparmassnahmen und mit der Internalisierung externer Kosten die Probleme zumindest von der finanziellen Seite her anzugehen. Die getroffenen Sparmassnahmen reichen aber nicht aus, die Leistungen, welche Kernstädte für Dritte erbringen, zu finanzieren oder die sich häufenden nationalen Probleme anzugehen. Die Internalisierung externer Kosten ist ferner nur dort möglich, wo der Leistungsempfänger bei Nichtbezahlung von den Leistungen ausgeschlossen werden kann. Leistungen, die einen nicht direkt zuweisbaren Nutzen erzeugen, wie z.B. in den Bereichen Kultur, Individualverkehr und Soziales, können damit nicht erfasst und jemandem zugewiesen werden.

Die Kantone haben sich in vielen Fällen bis vor kurzem nur wenig um die Agglomerations- und Kernstadtprobleme gekümmert. Positiv erwähnt werden darf aber z.B. der Kanton Bern, der mit einem praxisnahen Vorgehen Einzelbereiche der Zusammenarbeit in den städtischen Agglomerationen regeln hilft. Der Kanton Freiburg hat ein Agglomerationsgesetz geschaffen, dieses aber nicht umgesetzt.

Der Bund schliesslich hat bis heute keine oder nur wenige Massnahmen zur Lösung der Kernstadtproblematik und der nationalen Probleme, die sich in den Städten bemerkbar machen, verwirklicht. Positiv zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die "Koordinations- und Dienstleistungsplattform Sucht und Drogen", wo Bund, Kantone und Städte paritätisch Einsitz haben oder der geplante Raumplanungsrat sowie verschiedene Bundeskommissionen (z.B. Ausländerkommission), wo die Mitarbeit der Städte und Gemeinden gesichert ist.

Entwicklung des Städtesystems nach dem Jahr 2000

Eine Befragung von Kernstädten, Agglomerationsgemeinden sowie regionalen Zentren und Experten hat folgende Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der städtischen Agglomerationen ergeben:

- Obschon dies nicht als wünschenswert betrachtet wird, werden zwei bis drei Zentren in einem vernetzten Städtesystem die Schweiz dominieren. An den Grenzen der Schweiz nimmt die Verflechtung der Städte und Agglomerationen mit den Regionen aus den Nachbarländern zu.

- Die Tendenz zu einer Verschärfung der A-Stadtproblematik nimmt weiter zu, ebenso die Konflikte mit Einwanderungsgruppen aus der Dritten Welt.
- Innerhalb des Agglomerationsgürtels verschärfen sich die Gegensätze zwischen Kernstädten und privilegierten Agglomerationsgemeinden. Stadtnahe Agglomerationsgemeinden werden vermehrt mit den negativen Auswirkungen des Individualverkehrs belastet und mit ähnlichen Erscheinungen zu kämpfen haben wie die Kernstädte.
- Dass die Agglomerationsprobleme durch Agglomerationsverbünde mit gemeinsamer Steuerhoheit zum Teil gelöst werden, erscheint eher unwahrscheinlich. Ob die Kantone in der Folge eingreifen werden, ist umstritten.

Die befragten Städte und Gemeinden sowie die Experten wünschen deshalb eine formelle Anerkennung der Gemeinden in der Bundesverfassung sowie eine Politik des Bundes, welche der Verstädterung des Landes Rechnung trägt.

Zusammenfassend lässt sich folgendes festhalten: Die Einschätzung der Entwicklung unseres Städtesystems stimmt nicht optimistisch. Mit der geplanten Verfassungsrevision und der angestrebten Neuordnung des Finanzausgleichs meldet sich der Bund weitgehend aus seiner Verantwortung ab.

Lösungsansatz der Wissenschaft

Im Rahmen des nationalen Forschungsprogrammes *Stadt und Verkehr* hat Prof. Dr. Ulrich Klöti von der Universität Zürich in der Arbeit *Agglomerationsprobleme und vertikale Zusammenarbeit* festgestellt, dass eine echte vertikale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, städtischen Agglomerationen und Gemeinden fehlt. Er stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die Kantone müssen ihre Tätigkeiten in verschiedenen Politikbereichen besser auf die Bedürfnisse der städtischen Agglomerationen abstimmen.
- Es braucht eine vertiefte regionale Zusammenarbeit von Kanton, Städten und Agglomerationsgemeinden.
- Der Bund sollte bei der Formulierung seiner Politik und bei der Ausgestaltung seiner Programme rechtzeitig und umfassend die Bedürfnisse der Städte und Agglomerationsgemeinden mit berücksichtigen.
- Es braucht eine neue urbane Regionalpolitik des Bundes. Auch im Hinblick auf die Entwicklung in Europa muss sich der Bund vermehrt mit der zukünftigen Rolle der Stadt- und Agglomerationsgebiete auseinandersetzen.

Lösungsansatz regionale Zusammenarbeit

Es ist offensichtlich, dass innerhalb der städtischen Agglomerationen wesentliche Ungleichgewichte bestehen. Die wirtschaftliche und soziale

Stadt Bern und die wirtschaftliche und soziale Stadt Zürich zum Beispiel umfassen eine Vielzahl von politischen Gemeinden auch ausserhalb des entsprechenden Kantons. Die Probleme fallen aber vielfach in den Kernstädten an und müssen von diesen gelöst werden.

Welche Lösungen sind möglich?

Im Raume Bern geht der Verein Region Bern unterstützt vom Kanton den pragmatischen Weg. Sachgebiet um Sachgebiet wird angegangen und in die regionale Zusammenarbeit eingefügt. Durch Rahmengesetze sollen "widerspenstige" Gemeinden veranlasst werden, bei den gemeinsamen Lösungen mitzumachen.

Diese pragmatische Lösung hat den Vorteil, dass einzelne Bereiche sofort gelöst werden, den Nachteil aber, dass eine Gesamtlösung noch lange auf sich warten lassen wird. Anders ist der Kanton Freiburg vorgegangen: Er hat ein Agglomerationsgesetz geschaffen, das eine Gesamtlösung ermöglicht. Allerdings ist dieses Gesetz noch nicht in die Praxis umgesetzt.

Lösungsansatz Bundespolitik

Der Bund zeigte sich bis vor kurzem recht zurückhaltend gegenüber dem in unserem Land eingetretenen Wandel, der sich einerseits durch das Überhandnehmen der städtischen Räume und anderseits durch viele neue und – nicht immer positiv empfundene – gesellschaftliche Erscheinungen bemerkbar machte. Die Politik orientierte und orientiert sich zum Teil immer noch am Leitbild einer ländlich orientierten Schweiz.

Zum zweiten wurde und wird zum Teil von Bundes- und vor allem auch von Kantonsseite immer wieder betont, dass unser Bundesstaat ein zweistufiger sei. Die schon lange festzustellende faktische Verflechtung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden bei der Aufgabenerfüllung wird zum Teil mit Hinweis auf die formale seit 1848 geltende Rechtslage abgestritten. Bei der Problemlösung zeigt sich dann aber immer deutlicher, dass ohne eine Anerkennung der dreistufigen Verflechtung die schweizerische Innenpolitik scheitern muss. Als Beispiele seien hier die Drogenpolitik, die Sozialpolitik, die Verkehrspolitik, die Raumplanung usw. erwähnt.

In diesem Sinne wurde denn auch das *erste wichtige Reformpaket* unseres Bundesstaates, nämlich die *Neuordnung des Finanzausgleichs,* an die Hand genommen. Die Arbeiten beschränkten sich im wesentlichen auf eine durch finanzielle Prioritäten diktierte Neuordnung des Verhältnisses Bund und Kantone mit Sparzielen und Effizienzgewinnen, welche letztlich zu Lasten der Städte und Gemeinden gehen. Die diesem Paket zugrunde liegende Annahme der Kantone als souveräne Teilstaaten trägt

den geographischen Veränderungen und der Verstädterung unseres Landes kaum Rechnung.

Den gleichen Geist strahlte ebenfalls die vom Bundesrat den eidgenössischen Räten vorgeschlagene *Neuordnung der Bundesverfassung* aus. Städte und Gemeinden sind in diesem Verfassungsentwurf unbekannt. Erst das gemeinsame Vorgehen von Städten und Gemeinden unseres Landes, die über 80 % der Bevölkerung vertreten, hat in den eidgenössischen Räten zu einem Umdenken geführt. So hat der Ständerat den Art. 41 geschaffen und mit klarer Mehrheit angenommen, der in Absatz 2 wie folgt lautet: "Der Bund nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die Anliegen der Gemeinden, insbesondere in städtischen Agglomerationen und in Berggebieten." Ähnlich lautende, wenn auch etwas weitergehende Formulierungen, hat der Nationalrat gutgeheissen.

Wie geht es weiter?

Im Gegensatz zur Situation nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Schweiz heute ein Land, das nur wirtschaftlich überleben kann, wenn es sich aussenwirtschaftlich orientiert und den Werk- und Dienstleistungsplatz Schweiz – als kleines Land in der Weltwirtschaft – geschickt anbietet.

Vergleichen wir aber heute den institutionellen Aufbau der Schweiz mit andern europäischen Staaten, so müssen wir zugeben, dass rund 3000 Gemeinden und 26 Kantone als Teilstaaten neben dem Bund zu einer Überinstrumentalisierung in unserem Land führen. Zudem entsprechen unsere heutigen politischen Strukturen kaum mehr der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit. Dies gilt sowohl für die Kantone wie auch für die Städte und Gemeinden. Kleine Kantone können die einem Kanton zugedachten Aufgaben kaum mehr vollständig wahrnehmen. Bei den grösseren Kantonen haben sich durch die Agglomerationsbildung wirtschaftliche und soziale Räume gebildet, welche die Kantonsgrenzen überschreiten. Ähnliches gilt für die städtischen Räume. Die wirtschaftliche und soziale Stadt hat die politischen Grenzen längst gesprengt.

Die Städte als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leiden am meisten unter diesen Disproportionalitäten. Sie können schon heute den innern Ausgleich zugunsten der Randgebiete nicht mehr finanzieren.

Eine Reform des Bundesstaates, welche in Zukunft bestehen soll, muss:

- Die politischen Strukturen den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten anpassen.
- Im städtischen Raum die Zusammenarbeit zwischen Kernstädten und Agglomerationsgemeinden derart intensivieren, dass diese Räume politisch zu einer Einheit zusammenwachsen.

- Die Städte wieder wirtschaftlich "fit" machen.
- Endlich berücksichtigen, dass in unserem heute eng verwobenen Staat die Probleme nur gelöst werden können, wenn eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Bund, Kantone, Städten und Gemeinden entsteht.

Die beiden grossen Reformprojekte "Neuordnung des Finanzausgleichs" und "Reform der Bundesverfassung" tragen diesen Gegebenheiten nicht oder zuwenig Rechnung. Eine Neuordnung des Finanzausgleichs, welche davon ausgeht, dass die Kantone souveräne Teilstaaten seien, trägt dem Auseinanderklaffen von rechtlicher sowie politischer und sozialer Wirklichkeit sowie der engen Verknüpfung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden nicht Rechnung. Die Verfassungsrevision zeigt nur bescheidene Ansätze in Richtung Anerkennung des integrierten und verwobenen Bundesstaates. Werden diese Reformbestrebungen nicht der inzwischen gewachsenen politischen und sozialen Wirklichkeit angepasst, so besteht die Gefahr, dass früher oder später die politische und soziale Wirklichkeit Änderungen erzwingen wird, die unseren Bundesstaat grossen Erschütterungen aussetzen.

Unterlagen und Literatur:

- *Die Stadt morgen – Demain les villes,* Schweizerischer Städteverband, Bern, 1997
- *Bund und Gemeinden – Eine rechtsvergleichende Untersuchung...,* Daniel Thürer, Beiträge des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Nr. 90
- *Die Stadt im Bundesstaat – Alleingang oder Zusammenarbeit?*, Ulrich Klöti, Theo Haldemann, Walter Schenkel, Chur/Zürich 1993
- *Zukunft des Föderalismus,* Ulrich Klöti, in *die stadt – les villes 3/97,* herausgegeben vom Schweizerischen Städteverband, Bern
- *Statistik der Schweizer Städte 1997,* Schweizerischer Städteverband, Bern

FÜR EINE MUTIGERE INTEGRATIONSPOLITIK!

Lukas Gresch-Brunner

1. Einleitung

Die schweizerische Europapolitik steckt nach wie vor in einer *tiefen Krise.* Nach der Ablehnung des EWR-Vertrages durch Volk und Stände 1992 wird mit aller Kraft versucht, die bilateralen sektoriellen Verhandlungen nach vier Jahren Verhandlungsdauer abzuschliessen. An *Integrationspolitik* ist zur Zeit gar nicht zu denken, solange die bilateralen Verhandlungen im Gang sind. Denn diese sind kein Integrationskonzept, sondern lediglich der Versuch, über punktuelle Verträge der totalen Isolation zu entgehen.

Am Horizont sind jedoch einzelne "blau-gelbe" Sterne zu erkennen:

- Nicht zuletzt durch den Druck, der mit der Volksinitiative "Ja zu Europa!"[1] auf dem Bundesrat lastete, hat sich dieser dazu durchgerungen, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen konkret ins Auge zu fassen.
- Vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst 1999 ist eine ausführliche Europadiskussion im Parlament geplant.
- Die CVP Schweiz hat an ihrem Europakongress vom 4. April 1998 in Basel das Beitrittsziel mit überwältigender Mehrheit avisiert.

Trotz diesen vagen Fortschritten in Richtung EU-Beitritt bleibt noch viel zu tun: Sowohl Bundesrat und Parlament als auch die Wirtschaft oder die Zivile Gesellschaft haben ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht, die Schweiz ist auf ihrem Weg Richtung EU praktisch am gleichen Ort wie Ende 1992: Unser Land befindet sich nicht im Alleingang, sondern im Allein*stand.*

2. Die europapolitische Situation in der Schweiz im Sommer 1998

1. Die *bilateralen sektoriellen Verhandlungen* sind auf Unterhändlerebene "abgeschlossen"; im heiklen Verkehrsdossier gilt nach wie vor der Kompromiss von Kloten, der vom Verkehrsministerrat im März als ungenügend zurückgewiesen wurde. Auf Schweizer Seite besteht der Wunsch, die sieben Verträge bis Ende Jahr zu unterzeichnen. Aufgrund diverser Signale aus den EU-Mitgliedstaaten ist nicht damit zu rechnen, dass dies bald geschehen kann; es sei denn, in einem innenpolitisch heiklen Kraftakt würden die Verträge weiter aufgeweicht.

1 Die mit rund 108 000 gültigen Unterschriften zustandegekommene und am 30. Juli 1996 eingereichte Volksinitiative verlangt u.a. vom Bundesrat die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU!

2. Die *Regierungsparteien* (ausser die SVP) befürworten zwar die bundesrätliche Strategie der Konkretisierung des Beitrittsziels, haben aber in der Frage der Erreichung dieses Ziels ihre bekannten Positionen nicht wesentlich verlassen. Es ist davon auszugehen, dass eine Europadiskussion vor den Wahlen nicht gewünscht wird und wir dieselbe Situation in bezug auf die Integration haben werden wie bei den letzten Wahlen von 1995: Die SVP und die SP werden klar Stellung beziehen und damit weiter Wähleranteile gewinnen können.

3. Die *Wirtschaft* (v. a. in Form ihrer Verbände) ist immer noch sehr stark gespalten in der Frage des Beitritts, nur sehr wenige Unternehmer äussern sich dezidiert zugunsten einer Integration. Sogar die bilateralen Verhandlungen werden nur noch lauwarm unterstützt: viele auch kleine und mittelgrosse Firmen haben sich durch die Gründung einer Tochtergesellschaft im Binnenmarkt etabliert.

4. Die *Gewerkschaften* äussern sich schon lange zugunsten eines Beitritts und unterstützen die bilateralen Verhandlungen als Zwischenetappe. Doch sind sie vor allem im Dossier Freier Personenverkehr gefordert: Können sie ihrer Basis die Angst vor dem Lohndumping nicht nehmen, ist in einem eventuellen Referendum mit einer breiten Ablehnung aus Arbeitnehmerkreisen zu rechnen.

5. Die *Zivile Gesellschaft,* organisiert in proeuropäischen Organisationen, investiert einen grossen Teil ihrer Ressourcen in Finanzbeschaffung und ist nach der Fusion von vier Organisationen in der Aufbauphase.

6. Der *Bundesrat* ist nach wie vor stark gespalten und äusserst zurückhaltend. Die Angst vor einer Abfuhr beim Volk sitzt immer noch tief und kann als eigentliches "6. Dezember-Trauma" bezeichnet werden. Der Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung eines Integrationsberichtes ist ein scheues Hervortreten aus dieser Depression der integrationspolitischen Untätigkeit und kam nur auf starken Druck von aussen zustande.

3. Gefordert sind in erster Linie drei Akteure

Aus der Situationsanalyse ergibt sich, dass dringender Handlungsbedarf besteht: Die Schweiz kann sich aus verschiedenen Gründen eine weitere Verzögerung ihres EU-Beitritts nicht mehr leisten. Gefordert sind vor allem *Bundesrat, Parlament und die Wirtschaft.* Der Bundesrat ist insofern ein "key-player", als dass die Aussenpolitik de facto in seinen Händen liegt und er demnach alleine für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zuständig ist. Die Wirtschaft ist wegen ihrer finanziellen Potenz und ihres Einflusses in den Entscheidungszentren der schweizerischen Politik von Bedeutung, das Parlament dient dem Bundesrat als "Rückendeckungs- und Absegnungsinstanz" seiner Europapolitik.

Der *Bundesrat* muss in seiner Informationspolitik eine bedeutende Kehrtwendung machen und das "Hol-" durch das "Bring-Prinzip" ersetzen. Auch in einer direkten Demokratie und in einem Kollegialsystem muss die Regierung, hat sie sich ein Ziel gesetzt, dieses mit allen legalen und legitimen Mitteln zu erreichen versuchen. Keine andere Exekutive dieser Welt bindet sich selber die Hände, mit denen sie eigentlich ihre Politik erklären und auch durchsetzen sollte. Erste Ansätze einer offensiveren Strategie sind in den Plakatkampagnen zur bundesrätlichen Drogenpolitik oder zur Verfassungsdiskussion zu erkennen. Diese beiden Politikbereiche sind auch in der öffentlichen Diskussion umstritten, die bundesrätliche Position entspricht nicht einem generellen Einvernehmen in der schweizerischen Öffentlichkeit, wie das zum Beispiel bei der Aidspräventionskampagne der Fall ist. Wieso soll der Bundesrat bei der Beitrittsfrage nicht einen offensiveren Kurs fahren? Gemeint ist nicht Propaganda, aber solide, wirksame und omnipräsente Überzeugungsarbeit.

Dies getan, muss der Bundesrat sich selber und das Volk auf eine Volksabstimmung vorbereiten. Die Erfahrung zeigt, dass in der Schweiz öffentliches Engagement Einzelner für eine politische Sache, eine vertiefte Auseinandersetzung des Stimmvolkes mit einem politischen Problem und schliesslich auch der finanzielle Einsatz der Wirtschaft nur über eine Volksabstimmung erreicht werden können. Unser halbdirektdemokratisches System mit dem Initiativrecht ist insofern ein "Geschenk des Himmels", als dass die Regierung und das Volk zur Auseinandersetzung mit einer Materie *gezwungen* werden können. Mit seinem Gegenvorschlag zur Initiative "Ja zu Europa!" hat der Bundesrat dieses Damoklesschwert noch längst nicht entfernen können. Geht es mit der Integration nicht bald entscheidend vorwärts, wird das Siebnerkollegium in drei oder vier Jahren zum Thema EU-Beitrittsverhandlungen unverhofft zum ersten Mal dem Volk gegenüberstehen müssen.

Der Bundesrat hat es also in der Hand, diese Zeit zu nutzen: Entweder nimmt er selber Beitrittsverhandlungen mit der EU auf, was die Initiative hinfällig und damit rückzugswürdig machen würde oder er bereitet das Volk in dieser Zeit so gut darauf vor, dass er eine solche Abstimmung gewinnen kann. Diese Abstimmung muss er gewinnen *wollen,* denn sie wird zweifellos wegweisenden Charakter für die weitere Integrationspolitik aufweisen.

Die *Wirtschaft* wird in nächster Zeit Stellung beziehen müssen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte eine anstehende Volksabstimmung die Wirtschaftsverbände "zu ihrem Glück zwingen" und, falls sie unvorbereitet sind, tiefe negative Spuren hinterlassen. Die Wirtschaft muss sich entscheiden, ob sie in traditionell helvetischer Manier ein rein auf Freihandel und Marktöffnung basierendes, über einzelne Handelsverträge geregeltes, Verhältnis zu Europa will, oder ob sie erkennt, dass sich eine politische Isolation auch schlecht auf den Standort Schweiz auswirken dürfte. Im Falle des ersten Szenarions muss sie sich aber auch gewahr werden,

dass die EU je länger je weniger Interesse hat, mit der kleinen Schweiz "Rosinenpicken" zu betreiben, im zweiten Fall muss sie entsprechende Mittel bereitstellen, die das Terrain für einen Beitritt wirkungsvoll vorbereiten helfen.

Das *Parlament* schliesslich muss sich intensiver mit der Integrationsfrage auseinandersetzen. Die CVP-Parlamentarier und einzelne Protagonisten der FDP haben hier lobenswerte Initiativen in Angriff genommen[2]. Im grossen und ganzen ist aber der Wissens- und Informationsstand der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Fragen der europäischen Integration im Vergleich zur Bedeutung dieser Problematik *ungenügend.* Dies hängt nicht zuletzt mit der enormen Überlastung der Abgeordneten zusammen, und es ist deshalb äusserst dringend, in Form einer Parlamentsreform, beispielsweise durch Erhöhung der Entschädigungen, durch Reform der Entscheidungsprozesse und der Möglichkeit der Beschäftigung von Mitarbeiter(innen), hier Abhilfe zu schaffen.

Noch wichtiger sind zweifellos die *Reformen,* die zur Erreichung der Europafähigkeit unseres Landes vonnöten sind. Das Parlament muss mit Hilfe der Ergebnisse des Integrationsberichts Reformen in den Bereichen wie Steuerrecht, Wettbewerbsrecht, Direkte Demokratie oder Justiz und Inneres voran treiben. Diese Reformen müssen paralell oder noch vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in die Wege geleitet werden.

4. Was ist nun zu tun?

Wir rechnen nicht, zumindest nicht innert nützlicher Frist (bis zu den Wahlen 1999), mit einem Abschluss der bilateralen Verhandlungen auf Ebene der Regierungschefs. Die bilateralen Verhandlungen können nur in einer *Beitrittsperspektive* zum Erfolg geführt werden. Deshalb muss der Bundesrat rasch nach Veröffentlichung des Integrationsberichts und seiner Vernehmlassung, unter anderem im Parlament, um Aufnahme von *Beitrittsverhandlungen mit der EU ersuchen.* Dass ein solcher Integrationsbericht nicht schon vorliegt, verzögert den ganzen Prozess natürlich wesentlich. Gleichzeitig schlägt er der Kommission und der Präsidentschaft vor, die Ergebnisse der sieben Verhandlungsdossiers während der Verhandlungszeit (über den Beitritt) und darüber hinaus als Übergangsbestimmungen in Kraft zu setzen. *Innenpolitisch* startet er eine offensive Informationspolitik, ohne sich von den EU-Gegnern verunsichern zu lassen. Die Wirtschaft und unschlüssige bürgerliche Parteien *veranstalten ihre internen* Entscheidungsprozesse, und das Parlament ergreift zügig

2 CVP-Parlamentarier sieht man seit anfang Jahr häufiger an Informationsveranstaltungen, einzelne welsche Deputierte der FDP koordinieren sich intensiver in Europafragen.

die notwendigen Reformen (dass es das kann, hat es bei der Eurolex-"Übung" bewiesen). Mit diesem Szenario könnten wir, je nach Entwicklung der Osterweiterung und der Reformen in den Bereichen Institutionen (Agenda 2000) und Agrar in der Union, in den Jahren 2004 bis 2008 Vollmitglied der Europäischen Union sein.

AVENIR SOCIAL ET ÉCONOMIQUE: LES ÉGLISES CONSULTENT

Jean-Claude Huot
Hans-Balz Peter

Au moment où la Suisse célèbre les 150 ans de son Etat fédéral et révise sa Constitution, les Eglises lancent une consultation sur l'avenir social et économique de la Suisse. Elles veulent ainsi placer le débat politique au centre des choix de société et mettre en discussion les valeurs essentielles à la cohésion sociale.

Les années 1996 et 1997 ont été marquées par des fusions d'une dimension inconnue jusqu'alors. Quand Ciba-Geigy et Sandoz créent Novartis, quand l'UBS et la SBS unissent leur force dans United Bank of Switzerland, ces entreprises ne se positionnent pas seulement sur les marchés mondiaux, elles provoquent un séisme politique majeur dans notre pays. Une nouvelle réalité est en train de naître. Elle déborde des frontières nationales, elle échappe aux structures démocratiques existantes. Elle semble appartenir à un espace géographique et culturel qui n'est plus celui des "gens ordinaires". Les communes et les cantons où nous vivons, les références culturelles et éthiques familières paraissent sans prise sur ce nouveau monde. Que faire pour que chacun et chacune d'entre nous retrouve une certaine maîtrise sur son devenir, sur l'avenir de sa communauté de vie?

C'est dans ce contexte que les Eglises ont lancé le 18 janvier dernier leur Consultation oecuménique sur l'avenir social et économique de la Suisse en publiant une "base de discussion" intitulée Quel avenir voulons-nous?.

Marché pur ou contrat social

Le texte qui sert de base à la discussion part d'une constatation: le "contrat social" sur lequel s'est appuyé la Suisse depuis la fin de la Deuxième Guerre Mondiale est en voie de dissolution. Par "contrat social", il ne faut pas entendre *un texte signé par tous qui un jour entre en vigueur. Nous comprenons plutôt par cette idée de "contrat" une compréhension commune de la société et des conditions nécessaires à sa cohésion, qui rende possible une vie bonne pour tous*[1]. Dans la Suisse que nous avons connue jusqu'à présent, ce "contrat" s'est articulé sur trois piliers: la paix sociale conclue entre les partenaires sociaux, un certain équilibre entre le mar-

1 *Quel avenir voulons-nous,* p. 21. La brochure peut être commandée à l'adresse de la consultation, case postale 7442, 3001 Berne. Un exemplaire coûte 7 francs, dès deux exemplaires important rabais.

ché intérieur fortement protégé et les entreprises exportatrices de biens et de services, une redistribution en faveur des régions les plus faibles du pays, assurée par les subsides de la Confédération et les grandes régies fédérales.

La notion de "contrat social" utilisée dans le texte de base de la Consultation ne constitue pas une reprise par les Eglises de certains théories contemporaines. Il s'agit plutôt d'un constat: il ne peut y avoir de cohésion sociale que s'il existe un consensus minimal sur les principes de base guidant les décisions prises par les pouvoirs tant politiques qu'économiques. Or, ce consensus minimal paraît aujourd'hui manquer: la paix sociale est branlante, les grandes multinationales se détachent de plus en plus de leur base géographique d'origine, pendant que les petites et moyennes entreprises vivent sous la pression des marchés mondiaux, la Confédération et les grandes régies en voie de privatisation ne disposent plus des moyens nécessaires pour corriger les inégalités entre régions du pays.

Pourquoi en est-il ainsi? Le texte avance l'hypothèse que la "révolution" en cours est le fruit d'une idéologie imposant ses mythes et son discours normatif à l'ensemble de la société. Au nom de la compétitivité de la place économique suisse, de la mondialisation, les tenants du néo-libéralisme imposent les lois de l'économie comme seul choix politique raisonnable. Il s'agirait de remplacer le "contrat social" par le marché pur, seul à même de faire comprendre au monde politique les principes libéraux nécessaires au plein épanouissement de l'économie.

L'éthique au centre

Mais la métaphore du "contrat social" utilisée pour illustrer le lien unissant les membres d'une société est elle-même limitée. Car un contrat passé entre individus ou groupes d'individus est en réalité toujours un contrat entre partenaires inégaux. A moins d'occulter cette inégalité de base, il est très difficile de concevoir une société fondée sur la justice au travers d'un "contrat social". En paraphrasant Jean-Jacques Rousseau, on peut dire qu'entre les forts et les faibles, ce n'est pas la liberté qui libère, mais la loi. C'est pourquoi les Eglises lancent le débat sur ce qui fonde les lois que se donne une société, c'est-à-dire sur les valeurs éthiques. Elles mentionnent les valeurs de justice, de liberté et de responsabilité, de durabilité et enfin de solidarité.

Les Eglises étayent leur réflexion éthique sur leur foi en Dieu. Elles rendent témoignage de l'espérance dont elles vivent qui, a pour nom le Royaume de Dieu. Le Royaume annoncé et réalisé en la personne du Christ n'est certes pas de ce monde, il n'en est pas moins enraciné dans la vie quotidienne. Dans les paraboles que Jésus racontait à ses disciples, il faisait allusion au vécu des paysans, des ménagères ou des pêcheurs, à leur souci de trouver de quoi vivre. Le Royaume de Dieu englobe toutes

les dimensions de la vie des hommes et du monde. Il est ainsi possible de proposer un examen de la "compatibilité" des projets des hommes pour la société de demain avec le projet de Dieu pour les hommes. C'est parce que les chrétiens sont enfants d'un même Père qu'ils peuvent appeler à la solidarité et rappeler que "la force d'une communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres"[2].

Ainsi le texte de base de la Consultation rend compte d'une tension. D'une part, les Eglises expriment clairement leur "option pour les pauvres" et exigent que la dignité humaine de tous soit respectée, d'autre part, elles mettent en discussion un choix de valeurs devant orienter le pays vers l'avenir. Elles sont conscientes que dans une société pluraliste, une décision stable repose sur l'accord du plus grand nombre.

Un processus de dialogue

La brochure *Quel avenir voulons-nous?* publiée en janvier est un point de départ. Outre une réflexion articulée en trois parties: une évaluation de la situation présente, un regard de foi sur celle-ci et des pistes pour un nouveau "contrat social", elle contient aussi des récits de vie invitant les lecteurs à raconter leur propre parcours de vie. Elle propose aussi des questions permettant de lancer le débat. Elle s'ouvre par une lettre des présidents de la Conférence des évêques et du Conseil de la FEPS, Mgr Amédée Grab et le pasteur Heinrich Rusterholz, invitant à participer à la consultation.

Dans cette lettre on peut lire la phrase suivante: *Nous souhaitons chercher, avec la population entière, des réponses à des questions essentielles pour l'avenir.* On l'a vu, ces questions ne sont pas neutres, elles reposent sur l'idée que le respect de la dignité humaine est première par rapport à toute autre considération. Cela étant posé, les Eglises admettent qu'elles ne disposent pas de réponses toutes faites sur la manière de construire une "bonne société". C'est pourquoi elles veulent se mettre à l'écoute de la population, de la population entière sans distinction.

La première étape de cette écoute se déroule au niveau local. Si des paroisses ou des groupes organisent des rencontres dans le cadre de la consultation, c'est d'abord pour entendre les divers points de vue. Les sans-logis, les chômeurs et chômeuses, les travailleurs et travailleuses, les indépendants, les chefs d'entreprise, les femmes, les jeunes, chaque groupe social porte un regard différent sur la réalité et a une vision spécifique de

2 Cette formule est tirée du préambule proposé par la commission d'experts inspiré par Adolf Muschg pour le projet de réforme de la Constitution fédérale de 1977. Elle a été reprise par la Conférence des évêques suisses et par le Conseil de la FEPS dans leurs prises de position respectives au projet 1995 du Conseil fédéral. Voir *La Suisse, une belle Constitution,* Justice et Paix, Labor et Fides 1997, p. 72 et. 84. *Réforme de la Constitution fédérale,* Institut d'éthique sociale, Lausanne p. 28.

l'avenir. Il s'agit donc de rendre justice à cette diversité. Il existe par ailleurs déjà de nombreuses initiatives qui ouvrent des pistes pour l'avenir. Tout cela doit être rendu visible.

La seconde étape est menée au secrétariat de la consultation. Les réponses reçues sont répertoriées de manière à être regroupées par thèmes. Il en sera ensuite rendu compte publiquement. Le site internet de la consultation (www.kirchen.ch/konsultation) permet avec les pages *Forum* de publier les réponses et de les rendre accessibles à tous. Les premières réponses arrivées montrent qu'il existe un réel intérêt à participer à cette réflexion collective proposée par les Eglises. Les personnes qui s'expriment font état de leur parcours de vie, expriment leurs craintes face à l'avenir et formulent des propositions parfois très précises pour résoudre tel ou tel problème (partage du travail, réforme fiscale par exemple).

Ces deux étapes sont essentielles. Les Eglises ne demandent pas d'abord qu'on leur dise si les thèses qu'elles proposent sont justes ou fausses. Elles souhaitent que le débat ait lieu, soit le plus large possible, afin que les choix futurs de notre pays reposent sur un authentique consensus. Le but de la consultation réside donc déjà dans son déroulement. Le fait que les 19% d'étrangers ne puissent pas voter et que seulement 30 à 40% des citoyens participent aux votations et élections montre qu'il existe un déficit de démocratie. Ce déficit sera comblé quand la "majorité silencieuse" fera entendre sa voix.

Ensuite, les évêques et les membres du Conseil de la FEPS étudieront les réponses qui seront arrivées. A partir de ce qui aura été rassemblé, les autorités ecclésiales relanceront le débat en publiant les conclusions qu'elles auront tirées de ce processus de dialogue. Sur les valeurs, sur les critères et leur mise en œuvre, sur les choix politiques qu'ils peuvent impliquer, les Eglises formuleront leur proposition.

A la fin du processus, c'est-à-dire à l'horizon de l'an 2000, il devrait rester de la consultation un ensemble de propositions issues des réponses d'une part, formulées par les autorités ecclésiales d'autre part, donnant des indications sur les valeurs à défendre et les projets mettre en chantier. Si la consultation arrive à s'inscrire en synergie avec les autres initiatives qui cherchent à favoriser le débat d'idée (Forum Helveticum, Rencontres Suisses, Expo 01), elle aura contribué à donner un souffle nouveau à notre pays.

WARUM 1998 NICHT 1848 GLEICHT ODER WANDEL IM SCHWEIZERSTAAT: UNWAHRSCHEINLICH UND UNNÖTIG

Beat Kappeler

Wie wandeln sich Staaten? Diese Frage ist recht spannend, wenn sie in einem Moment gestellt wird, da die Schweiz die Wandlung von 1848 feiert und gleichzeitig weitherum ein Unbehagen herrscht, dass 1998 sich gar nichts mehr wandeln lässt. Woher die Rettung, woher ein Anstoss?

Die Verelendungsthese ist schnell zur Hand – es geht uns eben noch viel zu gut, wenn die Not dann wirklich da ist, dann wird sich die Schweiz auch weiterentwickeln, sagen diese bürgerlichen Neomarxisten. Das kann ein Weg sein, doch wie die Zwischenkriegszeit zeigte, ist der Vektor des Wandels offen – Wandel und Umsturz nach rechts (Deutsches Reich) oder nach links (Volksfront in Frankreich) sind möglich.

Etwas fruchtbarer ist vielleicht die Überlegung, dass es für einen Aufbruch und eine Staats- wie Regierungsreform drei Elemente braucht: eine Gruppe von Ideen, eine daran vital interessierte, grössere Volksschicht und eine Personengruppe, welche die Ideen und Interessen verkörpert und vorantreibt. Es scheint, dass es an einigen dieser Elemente in der Schweiz von heute gebricht.

Die Ideen

In den grössern Fragen der Gegenwart und Zukunft ist die Schweiz ziemlich halb-halb gespalten, wie die Abstimmungen der letzten Jahre zeigten, und eine Debatte über den weitern Weg gibt es kaum. Die Integration in die übernationalen Gremien der sich leise anbahnenden Weltregierung hat nur in den Finanzorganen (Weltbank, Weltwährungsfonds) stattgefunden, und in den spezialisierten Organisationen der UNO-Familie, doch nicht in der UNO selbst, und sogar Blauhelme hat das Land abgelehnt. Vor allem aber drückt sich das Land (die Regierung, das Parlament, die Wirtschaft, die Kulturschaffenden) um eine klare Haltung zum anlaufenden europäischen Kontinentalstaat EU. Mitzumachen, die unmöglichen bilateralen Verhandlungen weiterzuversuchen, als unabhängiger, liberaler, kleiner Minimal-State die Entwicklung des nächsten Jahrhunderts vorauszunehmen – das sind Optionen. Aber alle Kreise scheinen fatalistisch nur einfach zuzuwarten.

Die Verfassungsrevision ihrerseits wirkt ausserordentlich künstlich, es ist ein widerspruchsreiches Unterfangen, eine Verfassung zu erneuern mit der ausdrücklichen Vorgabe, nichts Ernsthaftes zu verändern.

Wie wenig sich die heutige Schweiz ihrer selbst bewusst ist, erfuhr die Welt in der Affaire um die auf Schweizer Banken deponierten Vermögen des zweiten Weltkriegs. Während die jüngern und im mittleren Alter stehenden Historiker, Journalisten, Lehrenden diese Vergangenheit ausreichend aufgearbeitet und dokumentiert hatten (bis in Mittelschul-Lehrbücher der Achtzigerjahre schon), reagierte die Führungsschicht, als ob sie diese zum ersten Mal ansehen müsste. In den zwanzig Jahren zuvor hatte die altliberale, bürgerliche Schweiz der Banken und der Nicht-Integration sich vor der ganzen internationalen Umwelt auszählen lassen müssen, weil diese in Kategorien des "sozialdemokratischen Zeitalters" (Dahrendorf) dachte, im Verteilungs- und Solidaritätsparadigma. Daraus ergaben sich Kritiken von innen und aussen, die gängig wurden und nicht weiter bewiesen werden mussten, was auch der internationale Widerhall der unqualifizierbaren Schriften Jean Zieglers belegt. Heute aber ist die tonangebende angelsächsische Welt zu den liberalen Tugenden der damaligen Schweiz zurückgekehrt und es wäre leichter gewesen, sich für die Vergangenheit offensiv mit Freiheitswillen, trotzigem Liberalismus und Eigeninteresse zu erklären. Doch die offizielle Schweiz wählte, mit wiederum traditioneller Ungleichzeitigkeit die Paradigmata der Schuld, der eifrigen Solidaritätsbekundung (Goldvergabe der Nationalbank durch die Regierung), der Verteilung (Wiedergutmachungs-Fonds aller Art).

Die Schweiz hat also kein Bewusstsein ihrer selbst bezüglich der Staatlichkeit, der Suprastaatlichkeit und der Gesellschaftsidee, der sie folgen will. Element eins des Wandels fehlt.

Mobilisierungsfähige Schichten

Das zweite Element, eine mehrheitsfähige Volksschicht, welche ein vitales Eigeninteresse gegen die herrschenden Zustände geltend machen müsste und könnte, fehlt wohl ebenfalls. Die Globalisierungsverlierer haben einige Referendumskämpfe um Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung gewonnen, stellen aber keine Mehrheit im Lande. Das Proletariat besteht zur Hauptsache aus nicht-stimmfähigen Ausländern, welche überdies ihr Aufstiegsinteresse ohne Regeln eher besser und schneller verfolgen könnten als mit den Verrechtlichungen, welche den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen, die Berufsstände, den Gewerbezutritt charakterisieren. Die Modernisierungsverlierer organisieren sich ebenfalls nur als Bremsende gegen EU und UNO, haben aber keinen innenpolitischen New Deal anzubieten. Im Gegenteil, jeder solche Entwurf einer andern Verteilung müsste diese Koalition von Bauern, Gewerblern, Kartellisten und Rentnern sprengen. Die Mittelschicht steigt vielleicht ab, wegen der Einkommensstagnation und den abzubauenden Mittelbaufunktionen in den Firmen, welche durch neue Arbeitsorganisationen und Steuerungstechnik wahrgenommen werden. Auch der überschuldete Staat wird Personal abbauen, Löhne kürzen. Aber dies macht keine neue Schicht aus,

sondern eine Schicht löst sich in verschiedene Richtungen auf, nach oben, nach unten, in die Resignation. Die Politik wird ihr verschiedene, relativ teure Sicherungen anbieten (Landwirtschafts-Direktzahlungen, Arbeitslosenversicherung, Frühverrentung, Steuersenkungen).

Man darf erwarten, dass die steigende Verankerung der vielen Einwanderer und Asylbewerber der Achtziger- und Neunzigerjahre und ihre Kinder sich im Lande einrichten werden und wie in den USA neue Identitäten, eher solche der Lebenswelt als der schweizerischen Staatlichkeit, einbringen werden, und dass sie Bande nach allen andern Weltgegenden aufrechterhalten werden. Mit der technischen und kulturellen Dominanz der Angelsachsen über kulturelle Lebens- und Ausdrucksformen in der Schweiz ergibt sich die Erwartung, dass kaum mehr Schichten mit klarer äusserer und innerlicher Definition zu sehen sein werden.

Eine Ventilfunktion für eigene, nicht an Staatsreformen gebundene Lebenswelten wird nicht nur die über die Grenzen her- und hinfluktuierende Präsenz dieser Hunderttausenden von Leuten bringen, sondern auch die vermutlich zunehmende Emigration, zeitweise oder für immer, der schweizerischen qualifizierten Weltbürger.

Es sind auch keine sozialrevolutionären Bewegungen zu erwarten, wie viele bürgerliche Politiker und Industrielle wegen der steigenden Arbeitslosigkeit denken. Sogar im rigiden Europa gelangen etwa die Hälfte aller Armen innert Jahresfrist immer wieder aus der Armut heraus, Armut ist kein Endzustand einer ganzen, eindeutig definierten Klasse, sondern eher eine Lebensphase vieler Haushalte und Leute.

Kurz, eine tragende Schicht, welche sich für neue Ziele und hinter anführenden Persönlichkeiten mobilisieren könnte, erkennt man heute nicht. Dass sich die vermutlich bereits eine Mehrheit der Haushalte ausmachende Zahl der Empfänger staatlicher Leistungen bei Wahlen und Abstimmungen jeweils für die bestehenden Umverteilungsströme einsetzen werden, ist normal, und wird die bestehenden Verschraubungen des Landes unterstützen.

Niemand zieht voran

Das dritte Element des Wandels, die führenden Schichten, Persönlichkeiten, Gruppen, sind kaum klarer erkennbar. Alle diese Schichten sind in sich tief gespalten, bezüglich Europas, des Bildes der Schweiz, der Umverteilungen; weltintegrierte Städte, rückwärtsgerichtete Land- und Bergvertreter. Auch die Parteien sind in diesen Fragen ausnahmslos gespalten. Alle schweizerischen Regierungsparteien stammen aus mindestens achtzig Jahre alten Problemen – Liberalismus, Ultramontanismus, Arbeiterfrage, Agrarfrage. Staatlicher Wandel aber muss von einer einigen, entschlossenen Gruppe angestossen werden.

In den Jahren vor 1848 mussten die führenden Eliten, die wirtschaftlichen und die kulturellen, die Schweiz retten, den Bundesstaat und Binnenmarkt einrichten, um zu florieren. Ihr Vermögen und ihr Glanz staken im Boden, im Territorium, als Gewerbler, Bauern, Landaristokratie, Industrielle, als Gelehrte.

Heute ist die Ausrichtung auf die Welt eine Überlebensbedingung für die Elite: Portfoliodiversifizierung, Eroberung der Märkte, Präsenz auf weltweiten Kultur- und Informationsmärkten. Sich in der Schweiz zu engagieren, bringt sie von dem Ziel weg.

Es ist auch etwas tragisch zu sehen, dass die vielen privaten "Schweiz-Rettungs-Organisationen" hochmögende Individuen versammeln, die meist aus der ehemaligen Führungsschicht des Industriezeitalters oder der ländlichen Aristokratie des 18. Jahrhunderts stammen, und stark mit den höhern Posten verbunden sind, welche der alte Territorialstaat Schweiz zu vergeben hat. Ausser diesen Kennzeichen aber haben sie meist ebensowenig Ideale gemein wie die Parteien oder andern Führungsgruppen des Landes.

So ziehen wir denn den Schluss, dass von den drei konstitutiven Elementen staatlichen Wandels in der Schweiz wenig vorhanden ist und dass es sich für den Einzelnen eher lohnt, die Hochflüge der Lebenswelt, des Berufs, der globalen Herausforderungen in Kultur, Technik und Wirtschaft zu pflegen, dies nicht gegen, nicht für die staatliche Organisation des Territoriums, sondern quer zu ihr.

POLITIK- UND RECHTSKULTUR, EIN BLEIBENDER AUFTRAG

Martin Lendi

Der Internationalisierungsschub des vergangenen Jahrzehnts und in die Zukunft hinein ist gewaltig. Er hat vorweg die Wirtschaft erfasst. Dessen Dynamik lässt sich an der Fusionierungswelle der grossen Unternehmungen ablesen. Sie erstellen gleichsam globale Marktbereitschaft. Wie steht es um Politik und Recht?

Internationalisierung von Politik und Recht

Entgegen einer verbreiteten Auffassung hinkt die Politik der ökonomischen Globalisierung nicht nach. Der Internationalisierungsvorgang für Politik und Recht ist sogar älter, aber er ist langsamer, spielt sich gleichsam schleichend ab. Vor allem ist er weniger spektakulär, doch wäre es verfehlt, die Augen vor der Politik- und Rechtsverlagerung von den nationalen Staaten auf die internationale Ebene zu verschliessen. UNO, WTO, IBRD, IMF, NAFTA, EU, NATO markieren den institutionellen Zuwachs. Die völkerrechtliche Vertragsflut und die unendliche Summe von "soft law" mit der sachlich umfassenden Breite bisheriger staatlicher Politikbereiche – von der Sicherheitspolitik bis zum Verkehr, vom Umweltschutz bis zu Währungsfragen – signalisieren den Bedeutungszuwachs der materiellen Seite. Besonders beeindruckend ist die Eleganz des Wirtschaftsrechts, das seit römischen Zeiten durch seinen hohen Abstraktionsgrad "allen Völkern eigen ist" und den internationalen Handel erleichtert.

Rechtsstaatliche und demokratische Defizite

Die Rechtsverlagerung auf die internationale Ebene zeugt von der Handlungsfähigkeit der Politik. Sie bewährt sich gegenüber den Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Auf der andern Seite muss – mit einem durchaus kritischen Unterton – hinzugefügt werden: Das Politikgeschehen und die Rechtsetzung sind jenseits der nationalen Staaten weder rechtsstaatlich gehörig eingebunden, noch in vergleichbarer Art demokratisch legitimiert. Zwar ist das Bemühen, rechtsstaatliche Substanz durch unabhängige Gerichte, durch tragende Aussagen zu den Menschenrechten und durch das Herausarbeiten der zentralen Elemente des Völkerrechts ("zwingendes Völkerrecht") zu mehren, unverkennbar. Das Beispiel der Europäischen Menschenrechtskonvention spricht für sich selbst. Dennoch, die Entwicklung des Völkerrechts erweist sich oft als ein Konferenztisch-Produkt von Diplomaten und internationalen Beamten. Es wird zwar nachträglich in den einzelnen Staaten approbiert

(Ratifikation, Staatsvertragsreferendum etc.), doch lässt sich seine Entstehung mit der innerstaatlichen demokratischen Rechtsetzung nicht vergleichen. Ihm mangelt die Begleitung durch eine engagierte Öffentlichkeit und durch verfasste demokratische Institutionen. Dies sind ins Gewicht fallende Defizite, vor allem dort, wo das Völkerrecht direkt oder indirekt auf das tägliche Leben im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft einwirkt. Es gibt, mit andern Worten, noch keine gefestigte Rechts- und Politikkultur der internationalen Ebene. Im Moment fällt dies kaum auf, da seit dem Zweiten Weltkrieg die westlich geprägte Rechtsethik dominiert. Die (noch bestehende) Vorherrschaft täuscht aber über die fehlende Gewähr der anhaltenden Ausrichtung auf Rechtsstaat und Demokratie hinweg.

Der Nationalstaat

Der Internationalisierungsschub wirft Fragen nach dem Hort der Politik- und Rechtskultur auf. Ihr Ursprung und ihr aktueller Sitz ist der Staat. Auch wenn dieser nationalstaatliche Schlacken des 19. Jahrhunderts aufweist und teilweise argen Entgleisungen ausgesetzt war, seine heutige Stärke ist just die gewordene Politik- und Rechtskultur mit den Eckpfeilern des Rechtsstaates und der Demokratie, erprobt, bewährt und erst noch gelebt. Der Staat stösst zwar unter den Belastungen der Aufgabenverlagerung auf die internationale Ebene und dem Entweichen der Akteure des globalen Wirtschafts- und Kommunikationsgeschehens an Grenzen, ist aber nach wie vor unverzichtbar, zumal die internationale Ebene die Bewährungsprobe noch nicht bestanden hat.

Den Nationalstaaten lastet deshalb die hohe Verantwortung an, die innere Kraft und die Verpflichtung zu den Werten von Rechtsstaat und Demokratie weiterhin zu pflegen und diesen Reichtum in die internationale Welt einzubringen, kritisch mahnend, konstruktiv nach angepassten Mitteln und Wegen suchend. Würde der Nationalstaat, vermeintlich von gestern, die Verantwortung für Politik und Recht der beiden Ebenen in die Zukunft hinein nicht wahrnehmen, so wären die Staatenwelt und mit ihr die internationale Welt, sie beide, gefährdet.

Auftrag zur Öffnung

Die oft gestellte Frage, was die Schweiz in die internationale Welt einzubringen vermöge, lässt sich vor diesem Hintergrund angehen. Sie hat als Nationalstaat in erster Linie den Verfassungsstaat zu stärken, Rechtsstaat und Demokratie zu leben, sodann die Anforderungen der modernen, Grenzen überschreitenden Welt aufzunehmen und von dieser Basis aus mitzuwirken an der Festigung und Mehrung der Politik- und Rechtskultur der internationalen Ebene, im Bewusstsein, dass die äussern Formen nicht diejenigen der kleinstaatlichen Schweiz sein können. Stellt die

Schweiz die zentralen Grundfragen an sich selbst und an die internationale Gemeinschaft, so leistet sie einen reichen Beitrag an die globalisierte Welt, die, will sie nicht entarten und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen aus dem Ruder laufen lassen, rechtsstaatlich und demokratisch geprägt sein muss.

Qualitätsansprüche

Die Reform der Bundesverfassung ist nicht eine Aufräumarbeit, sondern Signalsetzung für die Werte der Politik- und Rechtskultur zugunsten der Schweiz und über diesen Staat hinaus. So besehen ist die Revision mit Nachführung samt Neuerungen letztlich Vor- und Mitarbeit an einer international gewordenen Welt, in der die Staaten und die zwischen- sowie überstaatlichen Ebenen gemeinsam wichtige Funktionen zu erfüllen haben. Gerade weil die Schweiz über eine 150-jährige, ja sogar über eine 200-jährige Erfahrung im Umgang mit Menschenrechten, im rechtsstaatlichen Werden und im Herantasten an die Demokratie verfügt, tut sie gut daran, ihr Haus zu bestellen. Allerdings darf dies nicht rückwärtsorientiert geschehen. Die neue Verfassung muss in jedem Fall die unumgängliche internationale Öffnung mitnehmen und sich klar zum Ineinanderwirken von Völkerrecht und nationalem Recht äussern, wobei sie Qualitätsansprüche – rechtsstaatliche und demokratische – an beide Ebenen zu richten hat.

Wer realisiert hat, wie heikel es ist, nur schon eine geltende Verfassung zu revidieren, und wer sich bewusst ist, was es heisst, Politik- und Rechtskultur zu leben, der darf sein Urteil über die Unzulänglichkeiten der internationalisierten Welt – mit ihren zahlreichen vorauseilenden Visionen und dann doch wieder rudimentären Ansätzen – nicht zu hoch schrauben. Im Gegenteil, der Europarat mit seiner Sorge um die Menschenrechte, die EU mit ihrer Betonung des Rechts in seiner Bedeutung für Politik und Marktwirtschaft, die NATO mit ihrer Bereitschaft, die neue sicherheitspolitische Wirklichkeit als Chance zu sehen, und die UNO mit ihren Bemühungen um eine regional und global tragende Friedensordnung, sie alle sind auf dem Weg zu einer weltweiten Politik- und Rechtskultur und verdienen deshalb Unterstützung.

UNO-Beitritt

Eine Folgerung drängt sich auf: Neben der nationalen Verfassungsrevision wird der Beitritt zur UNO überaus dringend – Mittun, um der Stärkung der Politik- und Rechtskultur der internationalen Ebene willen. Auch wenn der Fragezeichen viele sind, so wie die Schweiz für ihr Gedeihen Zeit brauchte, so wird auch die Weltordnung Schritt für Schritt werden. Hürden werden zu meistern, Klippen zu umschiffen sein. Sie berechtigen nicht zur Aufgabe des Ziels. Wir brauchen, um es nochmals zu beto-

nen, eine internationale Politik- und Rechtskultur, die von der nationalen her belebt wird.

Vertrauen setzt Ehrlichkeit und Engagement voraus

Ein grosses Hindernis der Mehrung der Politik- und Rechtskultur ist der Vertrauensschwund in die Politik. Er erweist sich teilweise als Folge der begrenzten Möglichkeiten des an territorialen Grenzen orientierten Nationalstaates. Dessen Gesetze reichen zu oft nicht mehr bis zum wirklichen Geschehen, sei es in Umweltbelangen, sei es in Wirtschaftsfragen. Die Rückgewinnung des Politikvertrauens setzt deshalb geradezu das Miteinander von zwischen-, überstaatlicher und nationaler Ebene voraus. Diese breitere Basis muss die aktuelle Politik gegenüber der Öffentlichkeit neu vermitteln. Es geht letztlich nicht um die Monothematik der EU, sondern um mehr, um die nationale und internationale Handlungsfähigkeit, um die gegenseitige Öffnung zwischen zwei Ebenen. Die aktuelle Politik darf dabei nicht verschweigen, dass in der langanhaltenden Phase des Werdens der überstaatlichen Stufe handfeste Interessenkollisionen und gravierende Rückschritte zu bewältigen sein werden. Auch darf die Schmälerung der nationalen Handlungsspielräume durch die Türöffnung gegenüber der Welt des Internationalen nicht bagatellisiert werden. Die Aktionsbreite der nationalstaatlichen Demokratie wird vorhersehbar geringer. Dies alles ist akzeptierbar, sofern wir uns aktiv – durch Mittun – der Herausforderung stellen, an die internationale Politik und an das internationale Recht beizutragen und den bleibenden Massstab des Rechtsstaates und der demokratischen Legitimierung zu monieren.

IL TICINO E LA REGIONE INSUBRICA NEL SISTEMA TERRITORIALE SVIZZERO ED EUROPEO

Remigio Ratti

La Svizzera, situata nel cuore delle Alpi e dell'Europa comunitaria, sta oramai da qualche anno affrontando la realizzazione di grandi investimenti ferroviari per il rinnovo del suo sistema di strade ferrate: un investimento che continuerà con la realizzazione di progetti per oltre trenta miliardi di franchi entro il 2020. Questi progetti concernono non solo le due principali trasversali ferroviarie alpine – quella del San Gottardo, tra Basilea-Zurigo e Ticino-Milano e quella del Lötschberg tra Basilea-Berna e il Sempione-Milano – ma anche l'assieme delle linee ferroviarie "orizzontali", quelle dell'altopiano svizzero tra il lago Lemano e quello Bodanico, nonché un impegnativo programma di risanamento fonico e di allacciamenti con le nazioni limitrofe.

Come si può intuire, questa pianificazione dei trasporti è concepita come un sistema al servizio di un'organizzazione territoriale e di una dinamica di sviluppo che non può essere solo regionale e nazionale svizzera ma è anche un tassello di una pianificazione europea. E, soprattutto, è anche un essenziale strumento al servizio del territorio, dell'ambiente e quindi delle loro dinamiche di sviluppo.

Due sono le osservazioni generali che questo processo pianificatorio può sollevare: la prima, relativamente positiva, legata al carattere sufficientemente organico e integrato di questo piano infrastrutturale elvetico, tendente a considerare nel medesimo tempo le realtà regionali, interregionali e intermetropolitane; la seconda, più critica, da riferirsi all'incerto inserimento in una pianificazione europea dei trasporti che forse non può nemmeno chiamarsi tale, in quanto rimane sostanzialmente la somma di concezioni e pianificazioni settoriali e ancora troppo nazionali. In quest'ultimo senso non contano nemmeno tanto il fatto che la Svizzera non partecipi (ancora?) alla costruzione istituzionale della Unione Europea. Il risultato finale è, per tutti, il rischio di una realizzazione frammentaria e inefficiente.

Per questo occorre far appello a tutte le forze per queste pianificazioni ferroviarie estremamente segmentate in vere e proprie infrastrutture al servizio di un progetto territoriale e di società.

L'Italia e i nostri vicini Lombardi non sono stati finora molto coinvolti o non sono stati molto attenti a questa pianificazione in corso nel cuore delle Alpi. Tuttavia, da circa un'anno, si assiste ad un notevole risveglio d'interesse e alla percezione che si sta arrivando al momento di decisioni che, naturalmente, non possono essere solo una cosa interna svizzera, poiché hanno profonde implicazioni sulle macroregioni limitrofe. A loro

volta, il successo di questi investimenti dipende dalle decisioni stesse prese al di fuori dell'ambito svizzero, quindi nei porti del nord, in Germania, e a sud, nel Norditalia e in tutta la penisola.

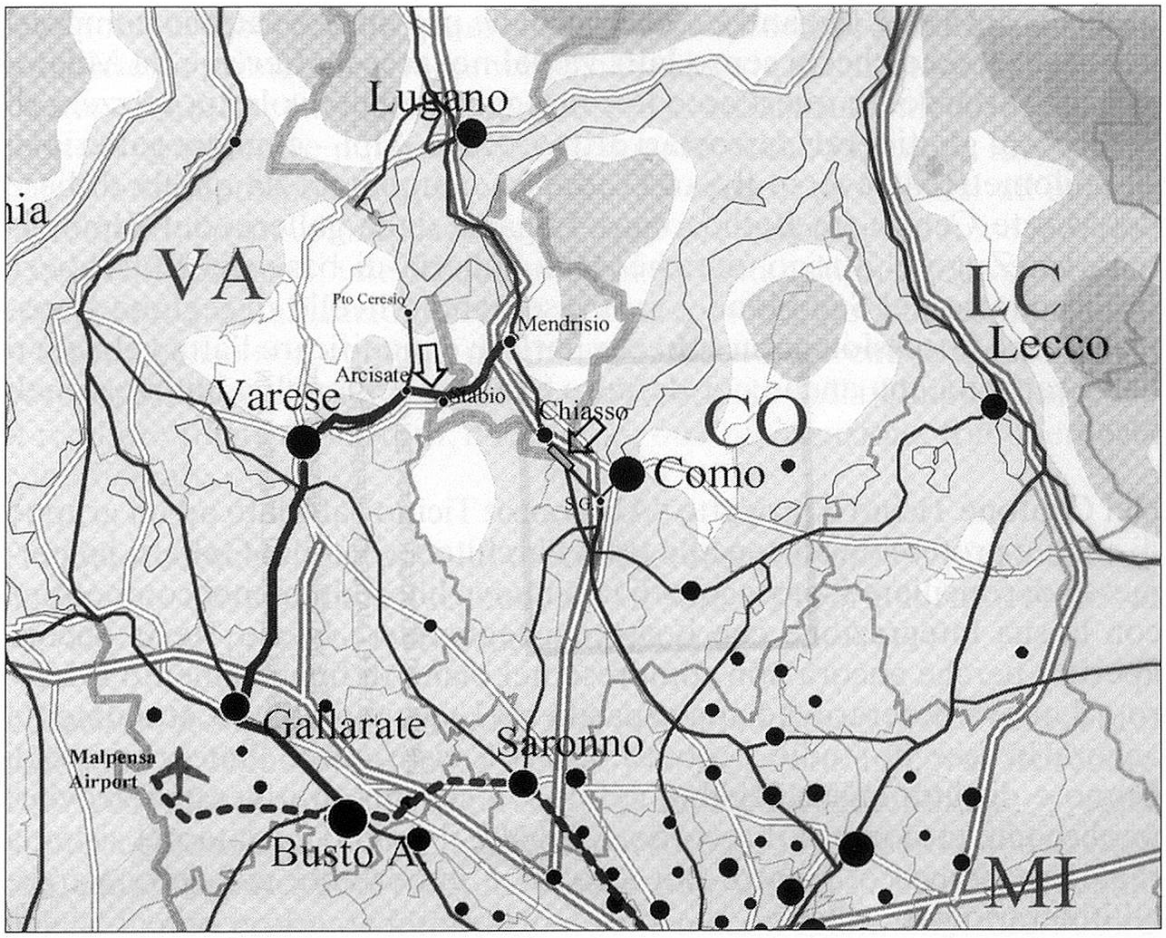
Forse sarà anche il riflesso del gran parlare attorno alla prossima apertura di "Malpensa 2000" ma è indubbio (al limite, indipendentemente dallo stesso grande aeroporto milanese) che la grande area transfrontaliera che fa da cerniera tra la Svizzera e le provincie nord-italiane limitrofe si trovi al centro di determinanti processi di sviluppo territoriale. Processi che possono essere negativi se semplicemente l'investimento ferroviario rimane un investimento settoriale in funzione di specifici interessi funzionali, tali da farne un investimento che usa il territorio in senso banale, riducendolo a spazio passivo, a "zona grigia". Un processo invece che può essere altamente qualificante e quindi suscettibile di svegliare le potenzialità di un territorio, appena esso sia visto quale occasione e progetto per sviluppare potenzialità.

Ora, questa impostazione non è del tutto semplice ed è purtroppo moneta corrente vedere ed assistere a dibattiti nei quali la dimensione temporale e quella spaziale non vengono percepite o lo sono in modo estremamente confuso. Così si vendono idee (più che progetti), la cui realizzazione richiede decenni, come fatti compiuti, mentre al contrario non si vedono progetti minori o il valore correttivo, integrativo di progetti a breve e a media scadenza. E' il caso anche per la nostra "Regione insubrica", quindi per questo nostro spazio specifico della regione dei tre laghi di Como, Lugano e Locarno, delle province o cantoni compresi in questo spazio che, in senso lato, va dal novarese a Lecco e da Milano al San Gottardo. In quest'area le conseguenze della volontà svizzera di potenziare gli itinerari ferroviari attraverso le Alpi – con una galleria di 57 chilometri attraverso il San Gottardo, completata da quella di base del Monte Ceneri tra Bellinzona e Lugano, dalla galleria del Zimmerberg tra Zugo e Zurigo, nonché dalla galleria di base del Lötschberg sull'itinerario del Sempione – rappresentano a livello di regione transfrontaliera l'occasione non solo per parlare e pianificare l'alta velocità o l'alta capacità, ma anche per definire i sistemi regionali e interregionali locali.

Nel Cantone Ticino il progetto "AlpTransit Ticino" affidato ad un gruppo di cinque professionisti con alla testa l'architetto Aurelio Galfetti ha permesso di conciliare il passaggio di una nuova linea altamente competitiva con la sua integrazione con il sistema regionale e locale. Resta ancora aperto - perché ancora non compreso nel piano di finanziamento svizzero – il nuovo itinerario ad alta capacità tra Lugano e Milano, attualmente ancora in fase di studio. Tuttavia, già si è visto come l'integrazione di Como e di tutta la sua regione nel nuovo sistema di itinerari ferroviari implica che ci si metta d'accordo su qual'è il polo d'entrata nel sistema regionale comasco, mentre più a ovest è importante collegare Varese all'itinerario gottardiano.

Nel primo caso, i sindaci di Como e di Chiasso in particolare – sempre più accompagnati dall'adesione di altre forze tecniche e politiche – hanno identificato nella nuova stazione unica Como-Chiasso il nodo d'entrata nel nuovo sistema ferroviario regionale comasco. Un sistema che sta per nascere con il nuovo assetto tra FMM-FS e che può essere sbloccato a breve scadenza con investimenti minimi (nodo di Albate, ca. 30 – 50 miliardi di lire e a Ponte Chiasso-Chiasso con un ammontare probabilmente non molto superiore). Del resto pochi sanno che la galleria di Monte Olempino 2 – già esistente da una decina d'anni ma utilizzata solo dal traffico delle merci – permetterebbe già oggi ai viaggiatori di raggiungere Milano dalla stazione Como-Chiasso in ca. 25 minuti. Con il ripristino delle linee Seregno-Saronno e con l'aggancio alla Malpensa Express, Como otterrebbe inoltre un collegamento orizzontale verso sud-ovest. La linea Milano-Chiasso, sia pur già molto utilizzata, è destinata comunque a restare la spina dorsale essenziale per le relazioni dell'Italia con il Nord.

Questo discorso che potrebbe essere giudicato ancora troppo comasco non è per nulla in contraddizione con l'altro progetto che è andato molto avanti in questi ultimi mesi: quello di un collegamento ferroviario tra Lugano-Mendrisio verso Stabio e Varese e da Varese verso Gallarate e, si spera, verso la Malpensa. Anche quest'ultimo progetto ha un valore regionale e interregionale nettamente superiore all'investimento necessario nel collegare la linea ferroviaria esistente Mendrisio-Stabio (in vero



per ora utilizzata solo come binario di raccordo ferroviario merci) con la linea regionale Varese-Porto Ceresio. Le due linee possono essere collegate con un nuovo binario di sette chilometri e con un investimento che può essere ancora considerato leggero, di 150 – 200 miliardi di lire. Non si tratta né di alta capacità né di alta velocità, ma nel breve arco di pochi anni si potrà realizzare un sistema di collegamenti ferroviari che era andato perso o non si era perfezionato rispetto al passato. Ricordo, per la storia, la costruzione poi il fallimento dopo solo due anni, nel 1929, della linea ferroviaria Mendrisio-Castellanza.

Realizzando questi due progetti che coinvolgono interessi comaschi, varesini e ticinesi si colgono obiettivi di breve-medio termine, mentre si anticipano e si collocano in una vera dinamica di progettualità infrastrutturale, logistica e territoriale, i grandi progetti per il completamento di una linea nuova ad alta capacità che da Milano salga verso il Nord e verso le Alpi, la cui realizzazione domanderà decenni. Dobbiamo quindi avere il coraggio di non mettere in contraddizioni una regione all'altra regione, un piccolo progetto a un grande progetto, ma di vedere un assieme, nelle varie dimensioni e livelli gerarchici spaziali e nelle dinamiche temporali di breve, medio e lungo termine.

Se i Francesi con il TGV hanno aperto la strada all'alta velocità e ai grandi itinerari inter-metropolitani, altre esperienze, fra cui quella della Svizzera, sono lì a dimostrare o a far sperare che un sistema dei trasporti deve poter essere compatibile e pensato quale sistema di mobilità, a più livelli spaziali e a più velocità e a carattere intermodale. Se guardiamo bene, è questa la sfida alla quale la Regione insubrica è chiamata a rispondere se vuol anche essere una regione che vive appieno la dinamica di uno sviluppo durevole e di respiro europeo.

ÖKOPOLIS, EIN PROJEKT FÜR EINE KULTUR DES MASSES, NIMMT GESTALT AN

Hans Schoch

1997 konnte die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) ihren 50. Geburtstag feiern. Bundespräsident Arnold Koller, der an der Jubiläums-GV vom 29. November 1997 die Festansprache hielt, würdigte das Wirken der SAD u.a. mit folgenden Worten: "Ob wie zu Beginn gegen den kommunistischen Totalitarismus und für unseren Staat und unsere Demokratie, oder ob wie heute gegen eine einseitige Marktideologie und für eine Kultur des Masses, die SAD hat sich all die Jahre hindurch als kritische Stimme gegen das Lebensfeindliche und für ein gelingendes Zusammenleben eingesetzt." In dieser Tradition steht auch das Projekt Ökopolis.

Geprägt von den Erfahrungen der Kriegsjahre und unterstützt von massgebenden Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern wandten sich die Gründer unserer Vereinigung gegen die totalitäre Bedrohung aus dem Osten. Sahen diese ihre Aufgabe in der Aufklärung und Abwehr, legte die SAD später ihr Schwergewicht auf die Stärkung und Weiterentwicklung der Staatsidee und der Demokratie. 1989, als die Mauer fiel, stellte die SAD fest, dass neue Aufgaben auf sie warten. Angesichts der auseinanderstrebenden Tendenzen arbeitet sie darauf hin, dass sich in der demokratischen Gesellschaft ein neuer Konsens bildet. Dabei hat sich die Leitidee von Ökopolis als eine "demokratische Kultur des Masses" herauskristallisiert.

Ökopolis vereinigt in sich zwei Wortteile griechischen Ursprungs, nämlich Haus, Haushalt (oikos) und Stadtstaat (polis). Der Begriff verweist uns auf das Lokale. Gemeint ist die Kleinstadt, das Quartier oder Dorf als begrenzter, überschaubarer Lebensraum und als Lebensgemeinschaft. Ökopolis bedeutet, dass die "Politen" – die Bürgerinnen und Bürger einer Polis – einen Prozess in Richtung einer Kultur des Masses in Gang setzen. Zu einem Gemeinwesen gehören Haushalte, Betriebe, Schulen, Kirchen, Vereine. Es gilt, diese Zellen, in denen sich das Leben vollzieht, für den Aufbau einer Ökopolis zu aktivieren. Wie in einem Organismus gibt es in einer Ökopolis von Zelle zu Zelle einen Austausch, kommt es zu einem Zusammenspiel der verschiedenen Funktionsträger.

Ökopolis ist nicht einfach ein weiteres Umweltprogramm, sondern ein ganzheitliches Projekt. Es geht um das ganze Menschsein. Es geht darum, das innere Mass zu finden und in allen Lebensbereichen Mass zu halten. Ökopolis versteht sich als Laboratorium für die Erprobung neuer Lebensmuster und neuer Formen der Gemeinschaft. Wer sich nirgends zu Hause fühlt, tendiert ins Masslose. Einer Gesellschaft, der es an Geborgenheit fehlt und die von Zukunftsängsten geplagt ist, dürfte der

Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umweltprogramms "Agenda 21" der UNO-Konferenz von Rio kaum gelingen. Eine Kultur des Masses kann nur dort Gestalt annehmen, wo sich die Vorstellungen von Heimat verwirklichen können. Ökopolis ist darum ein Kultur- und Heimatbegriff.

Es sieht so aus, als ob der Mensch ein ort- und heimatloses Wesen werden würde. Er lebt in einer Welt der unbegrenzten Möglichkeiten. Er wünscht sich dies und das, und alles überall gleichzeitig. Zugleich funktioniert er als Teil eines Systems, das immer komplexer wird, sich rasant verändert und das Lebenstempo unheimlich beschleunigt. Die mobilisierte kapitalistische Konkurrenzgesellschaft schafft eine Monokultur der millionenfach gleichen Orte, Supermärkte, Freizeitparadiese und Lebensstile, eine Einheitswelt, worin der unverwechselbare Kolorit und Charme des Lokalen verloren geht. Mit wachsendem Unbehagen spürt der Mensch seine Ohnmacht. Es beschleicht ihn das Gefühl, die anonymen Mächte der Welt würden sich der demokratischen Kontrolle entziehen.

Der Mensch ist ein Doppelwesen: Einerseits nutzt er seine Möglichkeiten. Und er nimmt die Herausforderungen der Globalisierung und des Beschleunigungssystems an. Anderseits hat er das Bedürfnis, an einem Ort verankert zu sein und diese Welt autonom zu gestalten. Er sehnt sich nach dem Besonderen und Beständigen. Wenn sich das Wachstum über ein verträgliches Mass hinwegsetzt, dann braucht der Mensch einen Ort des Gegenläufigen. Die SAD setzt dem Trend ins Mass- und Grenzenlose eine Vision entgegen. Was uns vorschwebt, sind Orte, wo der Mensch langsamer, ruhiger und sanfter leben kann; Biotope, wo Zuwendung, Geborgenheit und Sinnerfüllung möglich sind; Mikrokosmen, wo der Mensch für das Grosse im Kleinen Sorge trägt und eine Kultur des Masses gedeiht. Wir nennen diese Vision Ökopolis.

Die SAD und die mit ihr assoziierte Stiftung Ökopolis als Projektorganisation sind im Begriff, diese Ökopolis-Ideen zu konkretisieren. Ein entsprechendes Projekt befindet sich in der Phase der Umsetzung. Mit einer Partnergemeinde in Schaffhausen konnten wir ein Aktionsprogramm vereinbaren, das den Aufbau einer Ökopolis auf kommunaler Basis vorsieht. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, um einen Versuch, die Vorstellungen von Ökopolis in Strukturen zu fassen und ein Modell für eine Kultur der Lebensdienlichkeit zu schaffen. So ist ein Projektteam am Werk, das sich mit der Ökologisierung der Haushalte befasst. Eine andere Gruppe realisiert ein Projekt "Reparieren statt wegwerfen". Sie plant die Einrichtung eines Reparaturdienstes, "um Arbeit zu beschaffen, die Ressourcen und unsere Geldbeutel zu schonen". Weitere Programmpunkte sind die naturnahe Gestaltung von Siedlungsräumen und die Renovation und Nutzung des Gemeindezentrums nach Massgabe von Ökopolis-Kriterien. Ein Gruppe nimmt sich schliesslich vor, die Langsamkeit zu entdecken und die Lebensvorgänge zu entschleunigen. Dieses Projekt läuft nach dem Motto "Zeit ist mehr als Geld. Zeit ist Stille, Besinnung, Selbst-

erkenntnis, Zuwendung, schöpferisches Tun". Wie diese Beispiele zeigen, sind die Ökopolis-Projekte in den Handlungsbereichen Natur, Konsum, Arbeit und Soziales angesiedelt. Das Leben soll letztlich in einen umfassenden Sinnzusammenhang eingebettet sein. In Ökopolis lebt man im Einklang mit der Natur, gibt es Arbeit für alle, nimmt man sich Zeit, macht das Leben Sinn, lebt der Mensch besser, weil er Mass hält. Mit einem Mosaik guter Beispiele wollen wir andere Gemeinden dazu anregen, analoge Projekte zu lancieren. Wenn sich diese Zellen multiplizieren, dann bildet sich ein Netzwerk von Ökopolis-Kulturen, das die verkrusteten Strukturen aufbricht.

Im Europa des 19. Jahrhunderts war die Schweiz ein "Ort des Gegenläufigen". Was ihre Fortschrittlichkeit gegenüber anderen Nationen ausmachte, war u.a. ihre Rolle als Republik unter konservativen Mächten und als Refugium für revolutionäre Flüchtlinge und Vorkämpfer moderner Ideen. Wir spannen einen Bogen vom 19. ins 21. Jahrhundert, indem wir uns fragen, ob die Schweiz nicht wieder ein "Ort des Gegenläufigen" sein sollte. Wir wünschen uns eine eigensinnige Schweiz, die sich nicht stromlinienförmig in den Megatrend einfügt, sondern einen Kontrapunkt zu setzen und als Korrektiv zu wirken versucht. Es wäre schön, wenn sich die "Schweiz der vier Kulturen" auf einen Weg in die Zukunft verständigen könnte. Sollte eine neue Schweiz als Kultur des Masses ihre Bestimmung nicht darin sehen, mit dem Projekt Ökopolis gegenüber den rein technisch-ökonomischen Projekten die Seele Europas zur Geltung zu bringen?

S'UNIR POUR S'OUVRIR

Jacques-André Tschoumy

La Suisse est à la croisée des chemins. Au choc de la mondialisation qui la frappe comme ses voisins s'ajoutent les doutes d'un pays en crise, en tension entre le mirage mondialiste et l'enfermement local. De nouvelles images publiques s'imposent. Une dynamique est à impulser. Le *Manifeste "S'unir pour S'ouvrir"* de cinq sociétés civiques suisses en est un des leviers.

Doutes

- Les institutions suisses ont vieilli. Ne contribuent-elles pas à empêcher le développement d'objectifs à long terme et la prise de décision au quotidien?

- Les rapports du citoyen avec son cadre institutionnel se sont fortement dégradés. Comment empêcher de grandir la méfiance à l'égard du politique et des politiques, la méconnaissance des enjeux, et le refus de s'engager?

- L'activité des personnes au quotidien dépasse largement les frontières intérieures du pays. Les repères territoriaux ne s'estompent-ils pas, tant au plan communal que cantonal?

- Les collectivités publiques cherchent de nouveaux instruments de coopération pour faire face à des tâches qui tendent à les dépasser. Ne faudrait-il pas rediscuter le fédéralisme et les découpages internes du pays?

- Coupée de l'Europe, coupée du monde, la Suisse est isolée. Ne doit-elle pas sortir de sa réserve et mieux participer aux efforts supra-nationaux en matière de prévention des conflits, de maintien de la paix, d'entraide internationale et de prospérité européenne?

- Dans cet isolement, le pays tout entier ne traverse-t-il pas une nouvelle et grave crise d'identité, recherchant dans ses mythes fondateurs les moyens de se rassurer?

- L'économie traverse une révolution générée par les nouvelles technologies et la globalisation des échanges. A tous les niveaux et dans tous les domaines, les unités de production sont mises à une plus rude concurrence.

- Le travail est-il encore un bien illimité? Représente-t-il encore la valeur centrale de l'existence dans nos sociétés post-industrielles?

- Les formes et l'organisation du travail ne se diversifient-elles pas au point de bouleverser les comportements? Quant au travail non rémunéré, ne devrait-on pas mieux le reconnaître?

- Ces mutations ne suscitent-elles pas une précarisation de la protection sociale et un durcissement des rapports entre les différents partenaires sociaux? La solidarité, tant à l'intérieur du pays qu'à l'égard du reste du monde, n'est-elle pas en train de s'éroder?

- Déstabilisée, la Suisse n'exploite-t-elle pas insuffisamment ses proches richesses? La diversité, le plurilinguisme, le multiculturalisme ne devraient-ils pas être valorisés? La recherche et l'investissement éducatif à haut niveau encouragés?

- Enfin, la culture artistique n'est-elle pas trop souvent laissée à elle-même, considérée comme "agent décoratif"?

De nouvelles images publiques

En 1991, 700ème anniversaire de la Confédération, l'année avait été consacrée à la célébration. Des commémorations organisées "par le haut" s'étaient majoritairement orientées vers les mythes fondateurs, vers la Suisse héroïque, celle de la fondation de la Confédération, en Suisse centrale.

Toute autre est l'analyse des projets en cours en 1998. Une nouvelle conscience est en gestation, très souvent greffée sur le présent, parfois même prospective, fondatrice de nouvelles images – le dialogue, le pluralisme, l'ouverture, l'innovation –, nouvelles images publiques fondatrices de la conscience collective des Suisses, et basées sur une réelle prolifération de projets si diversifiés qu'ils témoignent bien de notre difficulté et de notre besoin de visées globales à l'aube du millénaire, et au seuil de l'Europe. Cette évolution est exemplaire. Elle double la Suisse-conservatoire de 1991 d'une Suisse-laboratoire de 1998. Elle veut restituer à la Suisse la modernité qu'elle avait perdue. Elle veut faire d'elle un nouvel "Etat naissant".

Un Manifeste

Les sociétés civiques ne peuvent rester insensibles à cette dynamique. Elles ont déposé un *Appel du 1er août 1998* auprès du Président des Chambres fédérales.

Ce Manifeste pour la Suisse de demain comporte 41 scénarios. Il est issu des débats des *Rencontres nationales* organisées à Neuchâtel, du 2 au 5 juin derniers. Une centaine d'experts avaient débattu des propositions

élaborées depuis 3 ans par les Rencontres Suisses, associées à Forum Helveticum, Coscienza Svizzera, Lia Rumantscha et Agir pour demain, cinq associations de toute la Suisse comptant 1'800 membres.

Cette contribution des sociétés civiles suisses est une manifestation originale des commémorations du 150ème Anniversaire de la Suisse moderne. Prospective et non seulement rétrospective, elle regroupe en un texte court et synthétique des projets présentés de façon dispersée depuis plus de 30 ans. *Ce Manifeste* est une valeur ajoutée au débat national dans la mesure où il quitte le constat. Il offre en effet une mise en débat public de 41 scénarios très concrets regroupés en cinq directions stratégiques :

- pour une réforme des Institutions
- pour un dialogue intérieur
- pour une ouverture extérieure
- pour un nouveau pacte social
- pour un investissement éducatif et culturel.

Les *Rencontres nationales de Neuchâtel* ont donc bien affirmé la volonté des sociétés civiles de s'investir dans le débat national.

Une dynamique

Le *Manifeste* sera remis à toutes les Autorités politiques, fédérales et cantonales, en vue de contribuer à fonder un débat prospectif, le 6 novembre 1998, lors de la session spéciale des Chambres consacrée au 150ème anniversaire de la Suisse moderne.

Les organisations civiques multiplieront les lieux de débats et de discussions sur les 41 scénarios du *Manifeste.* Elles ouvriront à signature et à ralliement, sur Internet, tout ou partie du *Manifeste* (http://www.1998.ch). Elles franchiront le millénaire pour assurer un suivi de la réflexion et du débat jusqu'à l'Exposition nationale .01, avec laquelle le contact est établi. Un ouvrage à paraître aux *Editions Jouvence,* en automne 1998, fondera les enjeux et les scénarios.

Telle est la contribution originale, parce que prospective, et non seulement rétrospective, que les organisations civiques souhaitent offrir au pays en cette année du 150ème anniversaire.